Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4251

Der Bundesminister für Wirtschaft
IV L — 02 11 49

Bonn, den 19. Mai 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Bericht über „Lage und Erwartungen der Berliner Wirtschaft"**

Bezug: **Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Juni 1968 — Drucksachen V/2970, V/3063 —**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 183. Sitzung den Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen — Drucksache V/3063 — angenommen. Die Bundesregierung wurde somit aufgefordert, dem Bundestag einen Bericht über „Lage und Erwartungen der Berliner Wirtschaft" unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes vorzulegen.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht, der in weitgehender Zusammenarbeit mit dem Berliner Senator für Wirtschaft erstellt und mit den zuständigen Bundesressorts abgestimmt worden ist.

Schiller

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Bericht über Lage und Erwartungen der Berliner Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes

Inhaltsübersicht

A. Vorbemerkung

Der hiermit vorgelegte Bericht gibt eine kurzgefaßte Übersicht über die aktuelle Lage, die erkennbaren strukturellen Veränderungen und die Entwicklungsaussichten der Berliner Wirtschaft. Das weitgespannte Thema kann angesichts der gebotenen Kürze der Darstellung nur schwerpunktmäßig behandelt werden.

Die oft unvollständige Berichterstattung über die Lage des „gewerblichen Mittelstandes" beruht auf einem weithin bestehenden Mangel an einschlägigen Statistiken.

Die Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen wird jeweils bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen dargestellt. Der Begriff „gewerblicher Mittelstand" wurde vermieden, weil es keine eindeutige Definition dafür gibt.

Wenn in dem Bericht auf strukturelle Änderungsprozesse eingegangen wird — darunter wird die über einen längeren Zeitraum hinweg zu beobachtende Veränderung in der Zusammensetzung der jeweiligen Untersuchungsobjekte verstanden — so beschränken sich die Aussagen weitgehend auf Richtung und Stärke der Wandlungsprozesse. Eine Erklärung der die jeweilige Entwicklung bestimmenden Kräfte hätte in diesen Fällen nur auf Grund eingehender wissenschaftlicher Detailanalysen gewonnen werden können.

B. Die gesamtwirtschaftliche Situation Berlins [1]) um die Jahreswende 1968/69

I. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum — Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Die Integration der Berliner Wirtschaft in das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik hat zu weitgehend parallellaufenden Entwicklungen Berlins mit dem Gesamtgebiet geführt. Das hat sich während der letzten Rezession erneut gezeigt und sich wiederum seit Ende 1967 in einer anhaltenden Aufschwungphase bestätigt.

Allerdings kam es in Berlin zunächst langsamer zum Anstieg der Wachstumsziffern. Diese übliche Erscheinung ist z. T. bedingt durch den relativ großen Anteil der Berliner Investitionsgüterindustrie, in der sich zunehmende Aufträge durch lange Fertigungszeiten oft erst später im Produktions- und Umsatzwachstum niederschlagen. Aber auch die Bestellungen nahmen zunächst zögernder als im übrigen Bundesgebiet zu.

Das Bruttoinlandsprodukt hat in Berlin im Jahre 1968 erstmals 20 Mrd. DM überstiegen. Es hat damit nominal um 8,0 %, real (d. h. preisbereinigt) um 6,0 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die geringere Zunahme als im gesamten Bundesgebiet [2]) (nominal 8,8 %, real 6,8 %) ist zum Teil auf das erwähnte konjunkturelle Nachhinken, das sich vor allem im 1. Quartal 1968 noch sehr deutlich bemerkbar machte, zurückzuführen.

Für die kommenden Monate ist auch in Berlin mit der Fortsetzung des Aufwärtstrends zu rechnen. Nach ersten Schätzungen kann für das Jahr 1969 mit einem weiteren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung Berlins um nominal 7,0 % (real 4,5 %) gerechnet werden (Bund: nominal 7 %, real 4,5 %). Ein etwas langsameres gesamtwirtschaftliches Wachstum Berlins ist im Vergleich mit dem Bundesgebiet allerdings auch in der langfristigen Entwicklung festzustellen (Tabelle 1).

Der Vergleich läßt unberücksichtigt, daß die Bevölkerung des gesamten Bundesgebietes im Beobachtungszeitraum größer geworden ist, die Berlins aber nicht. Je Kopf der Bevölkerung ist 1968 das reale Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 7,2 % gestiegen (Bund 6,0 %). Außerdem ist zu beachten, daß es sich um zwei strukturell verschiedene Wirtschaftsgebiete (ein großer Raum mit ländlichen, gemischtwirtschaftlichen und sehr unterschiedlichen Industriegebieten auf der einen Seite — eine einzelne fest abgegrenzte Industriegroßstadt ohne Hinterland auf der anderen Seite) handelt. Ein Vergleich zwischen Berlin und einzelnen Ballungsräumen in Westdeutschland wäre zwar aussagekräftiger als der Vergleich zwischen strukturell völlig verschiedenen Wirtschaftsgebieten wie Berlin und der gesamten Bundesrepublik. Aber auch eine derartige Gegenüberstellung schließt die Gefahr von Fehldeutungen nicht aus. So haben z. B. überregional tätige Unternehmen nur selten ihren Sitz in Berlin. Außerdem

[1]) Im Text dieses Berichts gilt „Berlin" stets für „Berlin (West)".

[2]) Falls im Bericht nichts anderes angegeben, beziehen sich die Angaben für das „Bundesgebiet" auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt Berlin (West) und Bundesrepublik

in den Jahren 1962 bis 1968

und in den Quartalen 1967 und 1968

	in jeweiligen Preisen				in Preisen von 1954			
	Berlin (West)		Bundesgebiet		Berlin (West)		Bundesgebiet	
	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)
1962	14 025	+ 5,8	354 880	+ 8,7	11 230	+2,5	280 180	+4,1
1963	14 760	+ 5,2	377 960	+ 6,5	11 550	+2,8	289 860	+3,5
1964	15 965	+ 8,2	414 600	+ 9,7	12 130	+5,0	309 400	+6,7
1965	17 590	+10,2	453 830	+ 9,5	12 945	+6,7	326 810	+5,6
1966	18 780	+ 6,8	481 610	+ 6,1	13 205	+2,0	334 160	+2,2
1967	19 195	+ 2,2	486 000	+ 0,9	13 170	−0,3	335 110	+0,3
1968	20 730	+ 8,0	529 000	+ 8,8	13 960	+6,0	358 030	+6,8
1967 1. Vierteljahr	4 564	+ 2,9	230 520	+ 0,1	3 155	±0	159 730	−1,5
1967 2. Vierteljahr	4 703	+ 2,3			3 211	−0,7		
1967 3. Vierteljahr	4 705	− 0,3	255 480	+ 1,7	3 226	−3,0	175 380	+2,0
1967 4. Vierteljahr	5 223	+ 3,9			3 578	+2,5		
1968 1. Vierteljahr	4 781	+ 4,8	247 500	+ 7,4	3 230	+2,4	169 590	+6,2
1968 2. Vierteljahr	5 028	+ 6,9			3 392	+5,6		
1968 3. Vierteljahr	5 134	+ 9,1	281 500	+10,2	3 454	+7,1	188 440	+7,4
1968 4. Vierteljahr	5 787	+10,8			3 884	+8,6		

*) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

werden in der Stadt zahlreiche hochqualifizierte Dienstleistungsfunktionen in vergleichsweise geringem Umfang ausgeübt.

II. Die Investitionen

Ausschlaggebend für die nachhaltige wirtschaftliche Belebung war und ist im Bundesgebiet wie in Berlin zunehmende Investitionstätigkeit.

Die steigende Tendenz hat in Berlin im Jahre 1968 zu einer Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen nominal um 6,6 % (Bundesgebiet um 10,4 %) geführt. Zu diesem Wachstum trugen die Ausrüstungsinvestitionen mit einer Zunahme von 5,4 % (Bund 11,1 %), die Bauinvestitionen mit einer um 7,5 % (Bund 9,8 %) bei. Dabei muß beachtet werden, daß die Bauinvestitionen in Berlin im Gegensatz zum Bundesgebiet auch im Jahre 1967 zugenommen hatten und die Ausrüstungsinvestitionen etwas weniger stark als im Bundesgebiet zurückgegangen waren. Die konjunkturellen Ab- und Wiederaufwärtsbewegungen waren also in Berlin bei den Investitionen etwas schwächer ausgeprägt.

Es sind alle Voraussetzungen gegeben, daß auch in den folgenden Monaten des Jahres 1969 die Berliner Investitionstätigkeit lebhaft sein wird, weil einerseits Auftragseingänge und Arbeitskräftemangel dazu zwingen, andererseits sich die Früchte der im Sommer 1968 für Industrie- und Forschungsinvestitionen wesentlich erhöhten Investitionszulage zeigen dürften. Für das Jahr 1969 wird für die gesamten Bruttoinvestitionen in Berlin eine Erhöhung um nominal etwa 10 % geschätzt (Tabelle 2).

Tabelle 2

Bau- und Ausrüstungsinvestitionen in Berlin (West) und der Bundesrepublik

in den Jahren 1962 bis 1968

und in den 1. und 2. Halbjahren 1967 und 1968

	in jeweiligen Preisen							
	Berlin (West)				Bundesgebiet			
	Bauinvestitionen		Ausrüstungsinvestitionen		Bauinvestitionen		Ausrüstungsinvestitionen	
	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)	Millionen DM	v. H.*)
1962	1 120	− 0,9	1 210	+ 4,3	45 540	+13,7	44 660	+ 9,8
1963	1 310	+17,0	1 250	+ 3,3	49 370	+ 8,4	45 970	+ 2,9
1964	1 540	+17,6	1 390	+11,2	57 550	+16,6	51 600	+12,2
1965	1 825	+18,5	1 575	+13,3	60 720	+ 5,5	58 200	+12,8
1966	1 945	+ 6,6	1 580	+ 0,3	64 300	+ 5,9	57 600	− 1,0
1967	2 070	+ 6,4	1 480	− 6,3	58 200	− 9,5	52 200	− 9,4
1968	2 225	+ 7,5	1 560	+ 5,4	63 900	+ 9,8	58 000	+11,1
1967 1. Halbjahr	920	+ 7,0	695	−11,5	27 000	− 7,9	24 300	−16,2
1967 2. Halbjahr	1 150	+ 6,0	785	− 1,3	31 200	−10,8	27 900	− 2,4
1968 1. Halbjahr	966	+ 5,0	714	+ 2,7	28 710	+ 6,3	5 760	+ 6,0
1968 2. Halbjahr	1 259	+ 9,5	846	+ 7,8	35 190	+12,8	32 240	+15,6

*) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

III. Der Arbeitsmarkt und die Bevölkerung

Das Wachstum der Investitionen kann nicht losgelöst von der Entwicklung des Berliner Arbeitskräftepotentials und der Bevölkerung gesehen werden. Einerseits stellt sich die Frage, ob die Arbeitskräfte ausreichen werden, um die durch steigende Investitionen erhöhte Nachfrage am Arbeitsmarkt zu befriedigen. Andererseits sind die Investitionen nicht nur Voraussetzung für eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern vor allem der entscheidende Bestimmungsgrund für die Anziehungskraft der Stadt auf auswärtige Arbeitskräfte.

Einen Anhaltspunkt über den Zusammenhang der Zuwanderung von Arbeitskräften und der wirtschaftlichen Aktivität in Berlin gibt die Entwicklung der Zahl der zugezogenen Erwerbspersonen. Sie ist in der Zeit seit 1961 weitgehend dem konjunkturellen Verlauf gefolgt. So wurde in den Jahren des konjunkturellen Aufschwungs (1963 bis 1965) bei relativ gleichbleibender Zahl der aus Berlin fortgezogenen Erwerbspersonen ein positiver Wanderungssaldo — auch mit dem Bundesgebiet — erreicht, während er 1967 passiv war. Dem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 51052 vom 19. Dezember 1968 ist die Tabelle 3 entnommen, die einen guten Überblick über die Entwicklung der Bevölkerung und Erwerbspersonen in Berlin in den letzten Jahren sowie einen Ausblick für 1969 gibt.

Ein großes und attraktives Arbeitsplatzangebot weckt das Interesse der auswärtigen Arbeitnehmer und veranlaßt private Unternehmen, wie Öffentliche Hand, zu besonderen Anstrengungen, zu Werbung und Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin.

Würde man dagegen den Grad der Investitionen, insbesondere die zur Ausweitung der gewerblichen Produktion, dem sehr knappen Arbeitskräfteangebot anpassen, so würde die — nur im Konjunkturhoch vorhandene — Investitionsfreudigkeit ungenutzt für Berlin vorübergehen. Arbeitskräftepotential, Bevölkerung und Wirtschaftskraft würden in einen ständig zunehmenden Schrumpfungsprozeß geraten. Um ihm entgegenzuwirken, sind die arbeitsplatzschaffenden Investitionen deshalb nach

Tabelle 3

Entwicklung der Bevölkerung und Erwerbspersonen in Berlin (West)

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969 [1]
				Anzahl in Personen				
Lebend geborene	24 127	25 936	26 649	26 064	26 084	25 215	23 500	.
Gestorbene	37 336	38 769	37 606	39 600	39 405	39 804	41 654	.
Sterbeüberschuß	−13 209	−12 833	−10 957	−13 536	−13 321	−14 539	−18 154	−17 500
Zugezogene	71 543	91 232	89 620	82 099	75 100	66 885	75 988	.
Fortgezogene	72 861	66 219	64 628	71 529	73 638	74 393	79 699	.
Wanderungssaldo	− 1 318	+25 013	+24 992	+10 570	+ 1 462	+ 7 508	− 3 711	+ 6 500
Bevölkerungs-veränderung	−14 527	+12 180	+14 035	− 2 966	−11 859	−22 097	−21 865	−11 000
Zugezogene Erwerbspersonen [2]	45 269	53 559	54 810	51 954	47 633	40 844	49 913	.
Fortgezogene Erwerbspersonen [2]	45 563	42 969	43 632	45 967	47 508	46 281	47 230	.
Wanderungssaldo von Erwerbspersonen [2]	− 294	+10 590	+11 178	+ 5 987	+ 125	− 5 437	+ 2 683	+ 9 000
				Anzahl in 1000 Personen				
Bevölkerung (Jahresende)	2 174	2 186	2 200	2 197	2 185	2 163	2 141	2 129
Bevölkerung (Jahresdurchschnitt)	2 184	2 180	2 193	2 199	2 191	2 174	2 152	2 135
Erwerbspersonen [2] (Jahresdurchschnitt)	1 029	1 022	1 018	1 012	998	971	959	951
				in v. H.				
Durchschnittliche Erwerbsquote insgesamt	*47,1*	*46,9*	*46,4*	*46,0*	*45,5*	*44,7*	*44,6*	*44,5*
der Fortgezogenen	*62,5*	*64,9*	*67,5*	*64,3*	*64,5*	*61,1*	*59,3*	.
der Zugezogenen	*63,3*	*58,7*	*61,2*	*63,3*	*63,4*	*62,2*	*65,7*	.

[1] Schätzung
[2] Erwerbstätige und Arbeitslose

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

wie vor unabdingbar notwendig, auch wenn damit eine Anspannung des Arbeitsmarktes in Kauf genommen werden muß, wie sie das Jahr 1968 mit sich gebracht hat.

Die wiederbelebte Konjunktur bewirkte ein schnelles Absinken der Arbeitslosenzahlen und Ansteigen der offenen Stellen. Bereits im Februar 1968 überstieg die Zahl der offenen Stellen wieder die der Arbeitslosen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Der Berliner Arbeitsmarkt *)

	offene Stellen	Arbeitslose
September 1967 .	16 100	11 500
Dezember 1967 . .	11 000	16 200
Februar 1968 . . .	16 400	15 100
März 1968	18 300	13 400
Juni 1968	26 700	7 900
September 1968 .	29 300	5 800
Dezember 1968 . .	22 000	7 300
Januar 1969	24 300	8 800
Februar 1969 . . .	26 100	7 900
März 1969	28 700	7 100

*) abgerundete Zahlen

Quelle: Landesarbeitsamt Berlin

Die Spannung erreichte im Spätsommer mit fast 30 000 unbesetzten Arbeitsplätzen ihren Höhepunkt. Auf einen Arbeitslosen entfielen zu dieser Zeit gut 5 offene Stellen. Selbst am Jahresende war — trotz saisonal bedingtem Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe — die Zahl der offenen Stellen mit 22 000 noch dreimal so groß wie die der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote, die in Berlin in der Rezession wie im Aufschwung meist etwas niedriger war als im Bundesgebiet, betrug selbst im Januar 1969 nur 1,0 %, im Februar 0,9 %, im März 0,8 % (Bundesgebiet: Januar und Februar = 1,8 %, März = 1,2 %).

Die Knappheit der Arbeitskräfte ist in erster Linie die Folge des ungünstigen Altersaufbaus der Berliner Bevölkerung, der sich auch in den nächsten Jahren noch weiterhin mit großen Sterbeüberschüssen sehr bemerkbar machen wird. Im Jahre 1968 war der Sterbeüberschuß mit rund 18 200 Personen um knapp 4000 größer als im Vorjahr. Durch den ungünstigen Altersaufbau scheiden jährlich auch mehr Erwerbspersonen — allerdings nach 1970 mit allmählich abnehmender Tendenz — aus dem Berliner Wirtschaftsleben aus, als aus jungen Jahrgängen nachwachsen. Ohne Wanderungsgewinne würden sich die Erwerbspersonen nach einer Berechnung des Senators für Wirtschaft in den nächsten 11 Jahren um rund 114 000 verringern.

Außer dem natürlichen, aus dem Altersaufbau der Bevölkerung resultierenden, jährlichen Abgang muß aber auch noch die jährliche Abwanderung von Erwerbspersonen aus Berlin ausgeglichen werden. Dafür müßten — gemäß einer auf den Unterlagen des Statistischen Landesamtes fußenden Schätzung des Berliner Senators für Wirschaft — bei etwa gleichbleibender Abwanderung (in den letzten drei Jahren durchschnittlich rund 46 000) jährlich rund 62 000 Erwerbspersonen nach Berlin zuziehen. Tatsächlich schwankten diese Zuzüge in den letzten vier Jahren zwischen 41 000 und 52 000 (vgl. Tabelle 3).

Ohne Pendler und ohne den sonst für jede Großstadt normalen Zuzug aus der näheren Umgebung ist Berlin zur Erhaltung seines Arbeitskräftepotentials allein auf die Zuwanderung westdeutscher und ausländischer Arbeitskräfte angewiesen.

Trotz der sehr starken Nachfrage im übrigen Bundesgebiet hat die Arbeitsaufnahme [1]) westdeutscher Arbeitnehmer, angereizt durch das reiche Arbeitsplatz-Angebot und unterstützt durch Werbeaktionen und zusätzliche Förderung, erfreulich zugenommen. Im Jahre 1968 nahmen rund 18 200 Arbeitskräfte aus Westdeutschland eine Arbeit in Berlin auf. Obgleich das 4300 (fast 1/3) mehr waren als im Vorjahr und außerdem auch die Zahl der ausländischen Gastarbeiter beträchtlich anstieg — im September 1968 waren es mit 22 000 rund 5800 mehr als im Vorjahr, seitdem stieg die Zahl bis Ende März auf rund 29 000 an — konnte der Bedarf der Wirtschaft nicht gedeckt werden. Da die Bewerbungen westdeutscher Arbeitnehmer um Arbeitsplätze in Berlin in den letzten Monaten weiterhin hoch waren — im März wurde die bisherige Rekordziffer von 3636 Bewerbungen erreicht — ist anzunehmen, daß die Arbeitsaufnahmen auch in den kommenden Monaten des Jahres 1969 nicht nachlassen werden. Im ersten Quartal kamen bereits 5600 westdeutsche Arbeitnehmer, das sind 60 v. H. mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Aber es sind dennoch nach wie vor zu wenig, um die Verringerung des Berliner Arbeitskräftepotentials aufzuhalten.

IV. Die Warenbewegungen über die Grenzen der Stadt

Die anhaltenden Auftriebstendenzen — die Berlin ebenso wie das Gesamtgebiet der Bundesrepublik erfaßt haben — kommen deutlich auch in den insgesamt gestiegenen Warenbewegungen über die Grenzen der Stadt hinaus zum Ausdruck.

Der Wert der gesamten Warenlieferungen aus Berlin war im Jahre 1968 mit 13 615 Millionen DM um 9,6 % größer als 1967. Die fast gleichgroßen Berliner Bezüge, die 1967 knapp unter dem Vorjahresergebnis lagen, haben sich 1968 mit 13 610 Millionen DM wieder um 13,4 % erhöht.

1. Der Warenverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet

Auf fällt, daß die obengenannten Gesamtzunahmen in beiden Richtungen überwiegend auf den noch stärkeren Warenaustausch mit dem übrigen Bundes-

[1]) „Arbeitsaufnahmen" decken sich nicht mit „zugezogenen Erwerbspersonen", zu denen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre (auch wenn sie erwerbslos sind) zählen. Die Zahl der Arbeitsaufnahmen ist also viel kleiner als die Zahl der zugezogenen Erwerbspersonen.

gebiet zurückzuführen sind. Die Lieferungen nach Westdeutschland betrugen 1968 84 % aller Lieferungen, die Bezüge Berlins aus dem übrigen Bundesgebiet machten über 90 % aller Bezüge aus.

2. Berlin im innerdeutschen Handel

Die Rolle Berlins im innerdeutschen Handel ist nach den statistischen Ergebnissen sehr unterschiedlich je nachdem, ob man von den gesamten in Berlin getätigten Umsätzen ausgeht oder von den effektiven Warenbewegungen.

Der „Liefer-Rückgang" Berlins im innerdeutschen Handel (gemäß Teil a der Tabelle 5) hat den gleichen Grund wie die zurückgegangenen Lieferungen der gesamten Bundesrepublik. Die ostzonalen Stellen waren bemüht, ihre in früheren Jahren durch relativ große Käufe entstandenen Schuldüberhänge weiter abzubauen. Sie waren deshalb in der Abnahme von Gütern zurückhaltend. Der Rückgang der „Berliner Bezüge" ist fast ausschließlich auf die stark gebremste Abnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die ein großes Überangebot aus dem EWG-Raum bestand, zurückzuführen.

Die Ergebnisse (zu a) umfassen die gesamten Umsätze Berlins im innerdeutschen Handel, sie enthalten also auch die Streckengeschäfte, die zwar in Berlin buchmäßig abgewickelt werden und insofern auch für die Berliner Wirtschaft eine, wenn auch begrenzte Rolle spielen, bei denen sich aber die Güterströme unmittelbar von Mitteldeutschland ins übrige Bundesgebiet und umgekehrt bewegen, ohne Berlin zu berühren. Berücksichtigt man nur die Direktgeschäfte (Teil b der Tabelle 5), also die tatsächlichen Warenbewegungen, so sind die Jahresergebnisse 1968 für Berlin wesentlich anders und relativ günstig. Die direkten Lieferungen nahmen mit 113,2 Millionen VE gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % zu. Da auch die Jahre 1967 und 1966 schon Erhöhungen gebracht hatten, waren die effektiven Lieferungen Berlins nach Mitteldeutschland 1968 fast dreimal so groß wie 1965. Trotzdem haben sie auch jetzt nur einen Anteil von 1 % an den gesamten Warenlieferungen Berlins. Auch die direkten Berliner Warenbezüge im innerdeutschen Handel nahmen mit 310,4 Millionen VE im letzten Jahr um 7,6 % zu. Ihr Anteil an den Gesamtwarenbezügen Berlins betrug damit 2 %.

Tabelle 5

Berlin im innerdeutschen Handel

in Millionen VE

ohne Dienstleistungen

	Lieferungen			Bezüge		
	a) einschließlich Streckengeschäfte					
	Bund	Berlin	Anteil Berlin	Bund	Berlin	Anteil Berlin
1966	1 527,2	281,2	*18,4 %*	1 274,2	481,9	*37,8 %*
1967	1 337,8	244,6	*18,3 %*	1 194,8	451,2	*37,8 %*
1968	1 293,0	229,5	*17,7 %*	1 363,3	403,0	*29,6 %*
Veränderung						
1966/67	*− 12,4 %*	*− 13,3 %*		*− 6,2 %*	*− 6,4 %*	
1967/68	*− 3,4 %*	*− 6,2 %*		*+ 14,1 %*	*− 10,7 %*	
	b) ohne Streckengeschäfte					
1966	1 527,2	85,2	*5,6 %*	1 274,2	312,9	*24,5 %*
1967	1 337,8	109,6	*8,2 %*	1 194,8	288,4	*24,1 %*
1968	1 293,0	113,2	*8,8 %*	1 363,3	310,4	*22,8 %*
Veränderung						
1966/67	*− 12,4 %*	*+ 28,6 %*		*− 6,2 %*	*− 7,8 %*	
1967/68	*− 3,4 %*	*+ 3,3 %*		*+ 14,1 %*	*+ 7,6 %*	

Quelle: Statistisches Bundesamt und Senator für Wirtschaft, Berlin

3. Der Außenhandel

Die Außenhandelsstatistiken geben exakte Auskunft nur über die Ausfuhr Berlins. Es kann nicht genau ermittelt werden, in welchem Umfange Auslandsbezüge über westdeutsche Importeure abgewickelt und deshalb nicht als „Außenhandel" registriert werden. Dennoch lassen die Zahlen wohl einigermaßen aufschlußreiche Erkenntnisse über die tatsächlichen Entwicklungstendenzen zu. Danach hat der Import der konjunkturell steigenden Nachfrage entsprechend zugenommen. Der Berliner Export hat sich dagegen im Jahre 1968 mit einem Zuwachs von nur 1,6 % gegenüber dem Vorjahr wenig verändert, während die Ausfuhr des Bundesgebietes um 14 % gestiegen ist. Dieses Ergebnis ist die Folge der im Jahre 1967 geringen Auslandsaufträge für die Berliner Industrie. Da davon zum großen Teil Investitionsgüterbestellungen (z. B. Maschinenbau) mit langen Lieferfristen betroffen waren, mußte bis tief in das Jahr 1968 hinein mit sinkendem Export gerechnet werden. Die in der 2. Jahreshälfte in Berlin wieder angestiegenen Exportziffern werden sich aller Voraussicht nach in das Jahr 1969 hinein weiter erhöhen, denn die Auftragseingänge aus dem Ausland waren 1968 um knapp 20 % größer als im Vorjahr.

Beim Vergleich der Ausfuhr mit der des Bundesgebietes müssen im übrigen Branchenstrukturunterschiede berücksichtigt werden. So fehlt z. B. in Berlin die Automobilindustrie, auf die 1968 ein großer Teil des Exportzuwachses im Bundesgebiet entfiel.

C. Lage und Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche unter besonderer Berücksichtigung der kleinen und mittleren Unternehmen

Die Analyse einzelner Wirtschaftsbereiche erstreckt sich auf die Industrie, das Handwerk, den Handel, das Verkehrs- sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Sie erfaßt rund 78 v. H. der Beiträge des Unternehmensbereichs zum Berliner Bruttoinlandsprodukt. Nicht berücksichtigt wurden die Wirtschaftsbereiche, die entweder eine nur geringe Bedeutung im Berliner Wirtschaftsgefüge haben und/oder in denen das Element des kleinen und mittleren Unternehmens nur eine geringe Rolle spielt. Die Lage im Baugewerbe wird im Zusammenhang mit dem Handwerk erörtert.

I. Industrie

a) Die konjunkturelle Situation: Auftragslage, Umsätze Beschäftigte

Die Industrie Berlins ist von der Rezession des Jahres 1967 etwas stärker betroffen worden als die verarbeitende Industrie im übrigen Bundesgebiet. Die Umsätze gingen in Berlin um nahezu 3 v. H. zurück, im Bundesgebiet nur um gut 2 v. H. Im Laufe des Jahres 1968 war auch die konjunkturelle Situation der Berliner Industrie wieder durch einen kräftigen Auftragsanstieg gekennzeichnet. Die Auftragseingänge (Volumenindex) stiegen 1968 gegenüber dem Vorjahr um 13,3 v. H. Die Umsätze wuchsen im gleichen Zeitabschnitt um 11,0 v. H. Die Zuwachsraten des Bundesgebietes [1]) wurden — nicht zuletzt infolge der auch früher beobachteten zeitlichen Verzögerung des Konjunkturaufschwungs in Berlin — nicht erreicht (Auftragseingang + 21,6 v. H., Umsatz der verarbeitenden Industrie + 15,0 v. H.) [2]).

Erstmals seit April 1965 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie seit dem Frühjahr 1968 wieder an. Die Zunahme betrug im Jahr 1968 (in den Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten) rund 7043 Personen (+ 2,9 v. H. gegenüber dem Jahresende 1967).

Ein abschließendes Urteil über die konjunkturelle Entwicklung der kleinen und mittleren Industriebetriebe [3]) ist infolge unzureichender amtlich-statistischer Unterlagen nicht möglich. Die Ergebnisse der Umsatzstatistik für den September der Jahre 1966 und 1967 [4]) deuten darauf hin, daß die kleinen und mittleren Industriebetriebe, allerdings nach Branchen unterschiedlich, stärker vom Konjunkturrückschlag betroffen wurden als die größeren Betriebe. In den Betrieben mit bis zu 499 Beschäftigten lag der Septemberumsatz 1967 um 7,0 v. H., in denjenigen mit 500 und mehr Beschäftigten um 4,8 v. H. unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

Da die Umsatzzahlen nach Beschäftigtengrößenklassen für September 1968 noch nicht vorliegen, ist es

[1]) Die Statistik der Auftragseingänge bezieht sich auf den Gebietsstand ohne Saarland und Berlin (West).

[2]) Bundesgebiet: Industrie ohne, Berlin einschließlich Nahrungs- und Genußmittelindustrien; vorläufige Zahlen.

[3]) Für die Zwecke dieses kurzgefaßten Berichts wurde davon ausgegangen, daß die Industriebetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten zur Großwirtschaft zu rechnen sind, während Betriebe unter dieser Größenordnung in der Regel als Mittel- und Kleinbetriebe anzusehen sind. Genauere Abgrenzungen hätten Bearbeitungszeit und Umfang des Berichts über Gebühr ausgeweitet.

[4]) Angaben über die Beschäftigtengrößenklassen werden nur aus der jährlichen Sondererhebung der Industrieberichterstattung für den September gewonnen. Hinsichtlich einer genügenden Repräsentation der September-Umsätze für die Jahresumsätze, insbesondere für die Bereiche mit langen Produktionsfristen und hohem Einzelwert der hergestellten Güter, sind gewisse Einschränkungen zu machen.

gegenwärtig noch nicht möglich, sich ein Bild über die Beteiligung der kleinen und mittleren Betriebe am konjunkturellen Aufschwung zu machen.

b) Strukturelle Entwicklungstendenzen

Die strukturelle Entwicklung der Berliner Industrie ist seit längerer Zeit gekennzeichnet durch ein unterdurchschnittliches Wachstum der beiden großen traditionellen Industriezweige, der Elektroindustrie und der Bekleidungsindustrie, die heute noch rund 35 v. H. des industriellen Umsatzes Berlins auf sich vereinigen. Auf der anderen Seite haben vor allem die Textilindustrie und die Chemische Industrie ihr Gewicht innerhalb der Berliner Industrie verstärken können. Die Stärke des damit verbundenen Wandels der Branchenstruktur läßt sich aus der Veränderung der Anteile am industriellen Gesamtumsatz ablesen (Tabelle 6).

Tabelle 6

Strukturentwicklung des Industrieumsatzes (ohne Verbrauchsteuern, nach technischen Einheiten) in Berlin (West)

1962 und 1966 bis 1968

Anteile in v. H. aller Industriezweige

	1962	1966	1967	1968
Elektrotechnische Industrie	28,7	27,3	26,7	26,9
Bekleidungsindustrie	10,9	9,5	8,4	7,8
Chemische Industrie	5,2	5,9	6,5	7,3
Textilindustrie	1,5	2,4	2,4	2,7
Sonstige Industriezweige	53,7	54,9	56,0	55,3
Alle Industriezweige	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des Senators für Wirtschaft nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin

Die zurückliegende Entwicklung der Berliner Industrie ist in längerer Sicht ferner dadurch gekennzeichnet, daß ihre Expansion seit 1962 im Vergleich zur verarbeitenden Industrie des Bundesgebietes etwas schwächer geworden ist. Im Gegensatz zur Periode 1950 bis 1961 hat die Berliner Industrie seit 1962 nur noch knapp mit dem Wachstum der verarbeitenden Industrie im gesamten Bundesgebiet Schritt gehalten. Die Summe der Umsätze in den Jahren 1962 bis 1968 blieb um 5500 Millionen DM unter der Umsatzgröße, die bei einem der Expansion der westdeutschen Industrie entsprechenden Wachstum hätte erreicht werden müssen. Das entspricht einer Wachstumseinbuße von rund 43 v. H. des Berliner Industrieumsatzes von 1968 (Tabelle 7).

Von den größeren, die Berliner Wirtschaftsentwicklung wesentlich bestimmenden Industriezweigen haben sich seit 1962 im Vergleich zu den entsprechenden Industriezweigen im übrigen Bundesgebiet die Elektroindustrie, die Bekleidungsindustrie, der Maschinenbau, die Ernährungsindustrie und die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie weniger günstig entwickelt.

Günstiger haben dagegen die Tabakverarbeitung, die chemische Industrie, der Stahlbau, die Textilindustrie und die Getränkeindustrie abgeschnitten (Tabelle 8).

Tabelle 7

Umsätze der Verarbeitenden Industrie Berlins (West) und der Bundesrepublik

(ohne Verbrauchsteuern)
1962 bis 1968

Jahr	Berlin (West)		Bundesgebiet	
	absolut in 1000 DM	1962 = 100	absolut in 1000 DM	1962 = 100
1962	9 477 761	100,0	284 458 000	100,0
1963	9 732 153	102,7	294 828 299	103,6
1964	10 456 516	110,3	324 888 746	114,2
1965	11 473 508	121,1	351 743 264	123,6
1966	11 918 170	125,7	365 126 320	128,3
1967	11 577 936	122,2	357 423 787	125,7
1968	12 843 607	135,5	408 686 000	143,7

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

Die Zahl der in der Berliner Industrie Beschäftigten ging, gemessen an der Entwicklung in der verarbeitenden Industrie des Bundesgebietes, von 1962 bis 1968 stark zurück. Ende 1968 war der Beschäftigtenstand um rund 43 000 oder 15 v. H. geringer als Ende 1962 (Bundesgebiet — 3 v. H.), obwohl im Jahre 1968 erstmals eine Zunahme stattfand.

Das Strukturbild der Industrie Berlins wird etwas stärker als das der Industrie des Bundesgebietes von kleinen und mittleren Betrieben geprägt. So haben von insgesamt 4779 Betrieben 4701 weniger als 500 Beschäftigte (September 1967); das entspricht einem Anteilsatz von 98,4 v. H. Im Bundesgebiet befinden sich in denselben Größenklassen 97,4 v. H. aller Industriebetriebe. Innerhalb der Gruppe der Betriebe, die zu diesen Betriebsgrößenklassen gehören, verstärkt sich der Unterschied zwischen den Anteilsätzen der Betriebe in Berlin und im Bundesgebiet bei den unteren Betriebsgrößenklassen. So entfallen auf die Größenklassen mit 1 bis 9 und 10 bis 49 Beschäftigten in Berlin 84,1 v. H. aller Betriebe, im Bundesgebiet dagegen nur 76,6 v. H. Dies mag z. T. darauf zurückzuführen sein, daß verschiedene Industrie-

Tabelle 8

Veränderung der industriellen Umsätze (ohne Verbrauchsteuern) 1968 gegenüber 1962 in v. H. in Berlin (West) und in der Bundesrepublik

Industriegruppen nach technischen bzw. beteiligten Einheiten

Industriegruppen	Berlin (West)	Bundesgebiet [1])
Verarbeitende Industrie insgesamt	+ 35,5	+ 43,0
Produktionsmittelindustrie	+ 33,5	+ 37,0[2])
Verbrauchsgüterindustrie	+ 37,8	+ 49,8[2])
Steine und Erden	+ 43,1	+ 34,7
Eisenschaffende Industrie	+ 7,9	+ 23,8
NE-Metallindustrie	+190,2	+ 88,6
Gießereien	− 19,0	+ 15,3
Sägewerke und Holzbearbeitung	− 25,8	+ 25,9
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	+ 16,9	+ 27,2
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	+ 40,4	+ 9,2
Maschinenbau	+ 29,5	+ 37,7
Fahrzeugbau	+ 55,4	+ 46,0
Schiffbau	− 44,9	+ 23,4
Luftfahrzeugbau	—	+134,0
Feinmechanik und Optik	+ 44,3	+ 51,8
Elektrotechnik	+ 27,1	+ 43,9
EBM-Waren	+ 38,8	+ 52,0
Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren	+ 19,0	+ 52,5
Mineralölverarbeitung	− 7,6	+ 34,4
Chemie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	+ 89,1	+ 73,5
Feinkeramik	+ 31,7	+ 31,2
Glasindustrie	− 10,0	+ 57,0
Holzverarbeitung	+ 37,5	+ 48,6
Papiererzeugung	+ 18,7	+ 32,0
Papierverarbeitung	+ 15,1	+ 60,8
Druckerei	+ 39,5	+ 57,5
Kunststoffverarbeitung	+ 50,3	+115,8
Kautschuk- und Asbestverarbeitung	+ 6,4	+ 40,8
Ledererzeugung	−100,0	+ 7,0
Lederverarbeitung (ohne Schuhe)	− 33,9	+ 31,8
Schuhherstellung	− 0,4	+ 26,5
Textilindustrie	+136,2	+ 29,4
Bekleidungsindustrie	− 3,5	+ 30,3
Nahrungs- und Genußmittel (ohne Getränke- und Tabakindustrie)	+ 29,4	+ 41,0
Getränkeindustrie	+ 51,7	+ 52,4
Tabakverarbeitung	+ 52,7	+ 33,3

[1]) Die amtliche Bundesstatistik weist für das Jahr 1962 noch keine Umsatzzahlen für das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) aus. Deshalb wurden die für die Berliner Industrie vom Statistischen Landesamt Berlin ausgewiesenen Umsatzdaten zu den Zahlen für das übrige Bundesgebiet dazugeschlagen, obwohl erstere nicht nur den Kundenumsatz, sondern auch Lieferungen an andere Betriebe desselben Unternehmens als „Umsatz" umfassen. Aus dieser Berechnungsform ergibt sich, daß die ausgewiesenen Wachstumsraten etwas niedriger sind, als sie realiter sein dürften.

[2]) Aufteilung entsprechend der Berliner Statistik.

Quelle: Berechnungen des Senators für Wirtschaft nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin und des Statistischen Bundesamtes.

zweige, in denen der Großbetrieb vorherrschend ist (z. B. Bergbau, Stahl), in Berlin nicht vertreten sind. Das gegenüber dem gesamten Wirtschaftsraum der Bundesrepublik stärkere Übergewicht der kleinen Industriebetriebe in Berlin ist u. a. auch eine Ursache dafür, daß der durchschnittliche Beschäftigtenstand der Berliner Industriebetriebe mit 55 Beschäftigten je Betrieb erheblich niedriger liegt als derjenige im Bundesgebiet, wo auf einen Industriebetrieb im Durchschnitt 79 Beschäftigte entfallen. Das relativ stärkere Gewicht der kleinen und mittleren Industriebetriebe in Berlin läßt sich auch an dem im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet höheren Anteil dieser Betriebe an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten und am industriellen Umsatz ablesen (Tabelle 9).

Alle für diesen Bericht herangezogenen empirisch-statistischen Materialien lassen erkennen, daß sich die kleinen und mittleren Industriebetriebe in Berlin in den letzten Jahren relativ günstig entwickelt haben. Hieraus ist zu schließen, daß der überdurchschnittliche Anteil dieser Betriebe nicht als eine Ursache für das Zurückbleiben der Umsatzsteigerung der Industrie Berlins gegenüber dem Bundesgebiet angesehen werden kann, sondern eher ein solches Zurückbleiben noch verlangsamt hat. Dieser Bereich hat sich innerhalb der Industrie als ein stabilisierendes Element der gesamten Entwicklung erwiesen.

Es zeigt sich, daß im Zeitraum 1963 bis 1967 sowohl der Anteil der Zahl der kleinen und mittleren Be-

Tabelle 9

Das Gewicht der kleinen und mittleren Betriebe in der Industrie Berlins (West) und der Bundesrepublik

Betriebe mit 1 bis 499 Beschäftigten

	Berlin (West)		Bundesgebiet	
	absolut	Anteil in v. H.	absolut	Anteil in v. H.
	Zahl der Betriebe und ihr Anteil an allen Betrieben			
September 1963	4 314	*98,2*	99 389	*97,3*
September 1967	4 701	*98,4*	98 510	*97,4*
	Zahl der Beschäftigten und ihr Anteil an allen Beschäftigten			
September 1963	143 138	*47,8*	4 077 824	*48,3*
September 1967	135 187	*51,3*	3 982 089	*49,7*
	Umsatz in 1000 DM und Umsatzanteil am Gesamtumsatz			
September 1963	511 880	*46,3*	13 072 059	*45,2*
September 1967	617 329	*49,2*	15 950 443	*46,6*

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

triebe [1]) an der Gesamtzahl der Betriebe wie auch ihr Anteil an den Beschäftigten und Umsätzen an der gesamten Industrie in Berlin zugenommen haben.

Auch ein Vergleich mit der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet zeigt die relativ günstige Entwicklung der kleinen und mittleren Industriebetriebe Berlins wie auch die Tatsache, daß deutlich abweichende Entwicklungsverläufe nicht erkennbar sind. In beiden Vergleichsräumen ist eine gleiche Tendenz festzustellen.

Etwas stärker als im Bundesgebiet hat sich die Zahl der Beschäftigten in Berlin verändert.

Während dort die Beschäftigung von September 1963 bis September 1967 bei den kleinen und mittleren Industriebetrieben um 2,3 v. H. zurückging, verzeichneten die entsprechenden Betriebe in Berlin einen Rückgang der Beschäftigung um 5,6 v. H. In beiden Fällen verhielt sich die tendenzielle Veränderung der Beschäftigungsentwicklung zu derjenigen in der gesamten Industrie aber ähnlich. Der Rückgang der Beschäftigung bei den entsprechenden Größenklassen war erheblich schwächer als in der gesamten Industrie. Der Anteil der in diesen Industriebetrieben Beschäftigten, der im September 1963 in beiden Fällen bei rund 48 v. H. aller in der Industrie Beschäftigten lag, ist in Berlin stärker als im gesamten Bundesgebiet gestiegen. Das Gewicht der kleinen und mittleren Industriebetriebe hat sich somit hinsichtlich der Arbeitskräfte in Berlin noch mehr als im gesamten Bundesgebiet verstärkt. Es ist jedoch hervorzuheben, daß diese Gewichtsverschiebung nur dadurch zustande gekommen ist, daß der Beschäftigtenanteil der Betriebe mit 500 und und mehr Beschäftigten in Berlin erheblich stärker als im Bundesgebiet gesunken ist, und nicht etwa dadurch, daß in Berlin die Betriebe mit bis zu 499 Beschäftigten eine größere Beschäftigungszunahme aufgewiesen hätten als im Bundesgebiet.

Ein Vergleich der Umsatzentwicklung ergibt für Berlin wie für das ganze Bundesgebiet, daß in den kleinen und mittleren Industriebetrieben ein stärkeres Wachstum erzielt wurde als in den Großbetrieben. In Berlin lagen die Umsätze der Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten im September 1967 um 21 v. H. über dem September-Umsatz 1963; der Umsatz der Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten stieg dagegen nur um 7 v. H. Im Bundesgebiet erhöhten die entsprechenden Gruppen ihre Umsätze um rund 22 v. H. bzw. 19 v. H.

c) Erwartungen

Die Aussichten der Entwicklung der Berliner Industrie können in kurzer Sicht als gut bezeichnet werden. Bei einem Anhalten des günstigen Konjunkturverlaufs im Bundesgebiet ist auch eine expansive Entwicklung der Berliner Industrie zu erwarten. Der Spielraum des Produktionswachstums wird mit zunehmender Auslastung der industriellen Kapazität immer mehr von der Lage am Arbeitsmarkt bestimmt. Schon zur Jahresmitte 1968 war ein ausgeprägter Überhang der Nachfrage nach Arbeitskräften im Verhältnis zum Angebot vorhanden. Für die nächsten Monate zeichnet sich eine weitere kräftige Nachfrage der Industrie nach Arbeitskräften ab. Die Elektroindustrie meldete im Januar 1969 für die nächsten sechs Monate einen Bedarf von 4700 Arbeitskräften. Im Bereich des Eisen-, Maschinen- und Apparatebaues ergab sich im Rahmen einer Umfrage im Dezember 1968 für die nächsten drei Monate ein Bedarf von 2900 Arbeitnehmern. Da die heimischen Arbeitskraftreserven fast erschöpft sein dürften, wird die Stärke des erreichbaren Produktionswachstums der Berliner Industrie weitgehend vom Ausmaß der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland abhängen.

Statistische Angaben über den Arbeitskräftebedarf der kleinen und mittleren Industriebetriebe sind nicht verfügbar. Auf Grund der allgemeinen Bedingungen, die für diese Betriebe am Arbeitsmarkt gelten, erscheinen besondere Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Arbeitskräften nicht ausgeschlossen.

[1]) Eine Änderung statistischer Erhebungskriterien in den letzten Jahren hat allerdings zu einer rechnerisch überhöhten Zunahme der kleinen Betriebe geführt.

Angesichts der sehr angespannten Situation am Arbeitsmarkt kommt der industriellen Investitionstätigkeit in Berlin eine besonders hohe Bedeutung zu.

Die längerfristigen Aussichten der Berliner Industrie sind schwer abzuschätzen. Manches spricht dafür, daß ein paralleles industrielles Wachstum zum übrigen Bundesgebiet nur durch eine verstärkte Investitionstätigkeit der westdeutschen Industrie in Berlin gewährleistet werden kann.

II. Handwerk

a) Die konjunkturelle Situation: Umsätze, Beschäftigte

Das Berliner Handwerk hat die Rezession im Jahre 1967 vergleichsweise besser überstanden als die Industrie, aber auch als das Handwerk im gesamten Bundesgebiet. Seine Umsätze verminderten sich um 0,9 v. H.; im Bundesgebiet gingen die Umsätze des Handwerks um 3,5 v. H. zurück. Dagegen hat das Berliner Handwerk im Jahre 1968 an dem allgemeinen Aufschwung zunächst nicht teilgenommen. In den ersten drei Vierteljahren ist der Umsatz um 3,6 v. H.[1]) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen, wobei der stärkste Rückgang im ersten Quartal lag.

Wegen der Mängel der amtlichen Statistik wurde von der Handwerkskammer Berlin die Lage der wichtigsten Handwerkszweige empirisch untersucht. Hiernach haben sich die einzelnen Zweige im Laufe des Jahres 1968 unterschiedlich entwickelt.

In allen Handwerksgruppen — mit Ausnahmen des Handwerks für Gesundheits- und Körperpflege — ist die Umsatzentwicklung im Zeitraum Januar bis September negativ verlaufen.

Die Umsatzabnahme betrug bei den Bau- und Ausbauhandwerken 6 v. H., bei den metallverarbeitenden Handwerken (einschließlich Kraftfahrzeugreparatur) 4 v. H., bei den holzverarbeitenden Handwerken 5 v. H., bei den Nahrungsmittelhandwerken sowie Bekleidungs-, textil- und lederverarbeitenden Handwerken 3 v. H.

[1]) Die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Brutto-Umsatzzahlen des Jahres 1968 sind wegen der Einführung der Mehrwertsteuer insbesondere für das Handwerk nur unter Vorbehalt mit den Bruttoumsätzen des Vorjahres vergleichbar.

Im Verlauf des gesamten Jahres hat sich die Lage immerhin wieder soweit erholt, daß im Jahresergebnis, das z. Z. noch nicht vorliegt, der Gesamtumsatz erstmals die 4-Milliarden-Grenze erreicht haben müßte. Das Vorjahresergebnis wäre damit knapp übertroffen.

Nach einem im Gegensatz zur Entwicklung im Bundesgebiet sehr positivem Verlauf der Bautätigkeit in Berlin im Jahre 1967 mit einer Zunahme des realen Bauvolumens gegenüber 1966 um rund 6 v. H. war bei den Bauhandwerken zu Beginn des Jahres 1968 ein spürbarer Rückgang der Auftragseingänge gegenüber 1967 zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf des Jahres hat sich die Bautätigkeit jedoch wieder fühlbar belebt.

In den Metallhandwerken, sofern sie nicht zum Ausbaugewerbe gehören, war die Entwicklung im Jahre 1967 wesentlich ungünstiger. Insbesondere Zulieferbetriebe haben die Rezession in vollem Umfang gespürt.

Während im ersten Quartal 1968 noch ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Jahresende 1967 zu verzeichnen war, hat sich die Beschäftigung im weiteren Jahresverlauf erhöht, so daß die Zahlen des Vorjahres leicht übertroffen wurden. Die unzulänglichen statistischen Informationen deuten darauf hin, daß sich das Handwerk in Berlin seit 1965 gegenüber dem Bundesgebiet vergleichsweise günstig entwickelt hat. Die Wachstumsrate des Umsatzes übertraf den entsprechenden Wert im Bundesgebiet[1]) (Tabelle 10).

[1]) Diese Aussage kann wegen der Unzulänglichkeit der Handwerksstatistik nicht als völlig gesichert angesehen werden. Zum einen hat sich der Berichtskreis bei der amtlichen Statistik innerhalb des Jahres 1966 geändert, zum anderen bestehen darüber hinaus erhebliche Abweichungen in der Abgrenzung des Handwerks bei der amtlichen Statistik einerseits, der Statistik der Handwerkskammer Berlin andererseits. Genauere aktuelle Aussagen werden die Ergebnisse der im vergangenen Jahr erfolgten Handwerkszählung liefern, die z. Z. aufbereitet wird.

Tabelle 10

Entwicklung der Beschäftigtenzahl und des Umsatzes im Handwerk Berlins (West)

	1965	1966		1967	
	absolut	absolut	1965 = 100	absolut	1965 = 100
Beschäftigte am Jahresende in Tausend	144,4	145,7	100,9	143,3	99,2
Umsatz in Millionen DM	3 642,4	3 931,6	107,9	3 897,1	107,0

Quelle: Handwerkskammer Berlin

An dieser günstigen Entwicklung konnten lediglich die Gruppen Bekleidung — Leder — Textil und Nahrung nicht teilnehmen. Alle anderen Gruppen erhöhten ihre Umsätze von 1965 bis 1967. Über die Verschiebung der Anteile der einzelnen Gruppen am gesamten Handwerksumsatz gibt Tabelle 11 Auskunft.

Tabelle 11

Strukturentwicklung des Handwerks in Berlin (West) 1965 bis 1967

Umsatzanteile von Handwerksgruppen in v. H. des Gesamtumsatzes des Handwerks Berlins (West)

Handwerksgruppe	1965	1966	1967
Bekleidung — Leder — Textil	6,4	6,0	5,3
Nahrung	28,7	27,9	26,5
Sonstige Gruppen	64,9	66,1	68,2
darunter Bau	23,6	24,2	24,7
Handwerk insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Handwerkskammer Berlin

Bei der Gruppe Bekleidung — Leder — Textil war der Umsatzrückgang 1967 gegenüber 1965 um 11,4 v. H. außerordentlich hoch. Diese Gruppe ist von strukturellen Problemen und der gleichzeitig konjunkturell ungünstigen Entwicklung besonders stark berührt worden. Die Strukturprobleme dieser Gruppe ergaben sich

— aus der zunehmenden industriellen Konkurrenz (Konfektionskleidung),

— aus einer besonders starken Überalterung der Betriebsinhaber,

— verglichen mit den anderen Handwerksgruppen aus dem weitaus größten Anteil an Alleinmeistern (nahezu 50 %),

— durch einen Wandel der Mode (geringerer Verschleiß von Schuhen),

— durch eine Zunahme von nicht zum Handwerk gehörenden Betrieben (z. B. Schuhabsatzbars).

Während bei der Umsatzentwicklung zwei der insgesamt sieben Handwerksgruppen Rückgänge hinnehmen mußten, konnten umgekehrt lediglich zwei Gruppen ihre Beschäftigtenzahl erhöhen: Holz (+ 2,1 v. H.) und Gesundheitspflege (+ 6,4 v. H.). Die Gruppe Gesundheitspflege beschäftigte damit allein am Jahresende 1967 1600 Personen mehr als 1965.

Die Beschäftigung im gesamten Handwerk war in Berlin zum Jahresende 1967 um 0,8 v. H. niedriger als zwei Jahre zuvor. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der Beschäftigten im gesamten Bundesgebiet zugenommen [1]).

b) Strukturelle Entwicklungstendenzen

Zum Zeitpunkt der letzten Handwerkszählung, deren Ergebnisse vorliegen (31. Mai 1963), wurde festgestellt, daß die Zahl der Beschäftigten je Betrieb in Berlin (6,8) zwar über dem Vergleichswert des Bundesgebietes (5,9) lag, aber noch niedriger war als in den beiden anderen Stadtstaaten, in Hamburg (7,6) und Bremen (7,1).

Nach Angaben der Berliner Handwerkskammer liegt die derzeitige durchschnittliche Betriebsgröße im Berliner Handwerk bereits bei 9 Beschäftigten und damit um rund 50 v. H. über dem Bundesdurchschnitt.

Bezogen auf 1000 Einwohner hatte Berlin damals den geringsten Handwerksbesatz aller Bundesländer (55,7); im Bundesdurchschnitt kamen immerhin 70,8 Handwerksbeschäftigte auf 1000 Einwohner. Der Beschäftigtenbesatz in der bedeutendsten Handwerksgruppe, dem Bau- und Ausbauhandwerk, war zum gleichen Zeitpunkt in Berlin mit 13,9 Beschäftigten auf 1000 Einwohner wesentlich niedriger als im ganzen Bundesgebiet (25,3) oder auch in den beiden Stadtstaaten Hamburg (19,7) und Bremen (20,5).

Im Zeitraum vom 1. Januar 1965 bis 31. Dezember 1968 hat die Zahl der Handwerksbetriebe in Berlin um 2297 oder 13 v. H. auf 15 759 abgenommen. Der relative Rückgang war in Berlin etwa doppelt so hoch wie im übrigen Bundesgebiet. Im Jahr 1968 wurden in der Handwerksrolle 627 Betriebe mehr gelöscht als eingetragen, das sind erheblich mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre. Die Entwicklung des Betriebsbestandes ist in den einzelnen Handwerkszweigen und -gruppen sehr unterschiedlich verlaufen. Wenn auch einzelne Zweige Betriebszugänge verzeichnen können (z. B. Radio- und Fernsehtechniker, Kraftfahrzeugmechaniker, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer), hat die Betriebszahl in allen Gruppen durchweg abgenommen. Die Höhe der Abnahme differiert jedoch stark. Besonders hoch ist der Rückgang in der Gruppe Bekleidung — Leder — Textil, eine Tendenz, die seit mehreren Jahren zu beobachten ist; am niedrigsten ist die Verlustquote in der Gruppe Gesundheit, Körperpflege und Reinigungshandwerke.

Die Abnahme des Betriebsbestandes ist hauptsächlich auf die Überalterung der Betriebsinhaber zu-

[1]) Diese Aussage kann wegen der Unzulänglichkeit der Handwerksstatistik nicht als völlig gesichert angesehen werden. Zum einen hat sich der Berichtskreis bei der amtlichen Statistik innerhalb des Jahres 1966 geändert, zum anderen bestehen darüber hinaus erhebliche Abweichungen in der Abgrenzung des Handwerks bei der amtlichen Statistik einerseits, der Statistik der Handwerkskammer Berlin andererseits. Genauere aktuelle Aussagen werden die Ergebnisse der im vergangenen Jahr erfolgten Handwerkszählung liefern, die z. Z. aufbereitet wird.

rückzuführen. Eine von der Handwerkskammer Berlin Ende März 1968 durchgeführte Untersuchung über den Altersaufbau zeigt folgendes Bild:

3,8 v. H. der tätigen Inhaber sind jünger als 30 Jahre, 13,4 v. H. stehen im Alter von 30 bis unter 40 Jahren und 12,9 v. H. im Alter von 40 bis unter 50 Jahren. Faßt man diese drei Altersgruppen zusammen, dann ergibt sich, daß nicht einmal ein Drittel aller Inhaber jünger als 50 Jahre ist. Die 50- bis 60jährigen stellen mit 28,7 v. H die stärkste Altersgruppe. Ihr Anteil ist fast so hoch wie der der drei unteren Altersklassen zusammen. Mit 20,7 bzw. 20,5 v. H. sind die Altersgruppen 60 bis unter 65 Jahre sowie 65 Jahre und älter überdurchschnittlich stark besetzt.

Vielfach wird auch durch die Verbesserung der Altersversorgung die Löschungsbereitschaft der Inhaber von kleinen Handwerksbetrieben gefördert. Die Handwerkskammer konnte anhand von Untersuchungen im übrigen feststellen, daß von dem Betriebsrückgang vor allem die kleinen Betriebe betroffen sind, die insbesondere die Bevölkerung mit Reparaturleistungen versorgen.

c) Erwartungen

Um der unbefriedigenden zahlenmäßigen Entwicklung des unternehmerischen Nachwuchses im Berliner Handwerk entgegenzuwirken, wird auf Anregung des Senators für Wirtschaft in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesministerien gegenwärtig eine Werbeaktion „Junge Handwerker nach Berlin" durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktion wird angestrebt, junge Handwerksmeister aus dem Bundesgebiet für eine Übersiedlung nach Berlin zu interessieren und hier neue Betriebe zu gründen oder solche Betriebe zu übernehmen, deren bisherige Inhaber in den nächsten ein bis zwei Jahren aus Alters- oder Krankheitsgründen ihren Betrieb aufgeben wollen.

Die kurzfristigen Erwartungen im Berliner Handwerk werden ebenso wie in den anderen Wirtschaftsbereichen von dem günstigen Konjunkturverlauf bestimmt. Als Hemmschuh für die Produktionsausweitung erweist sich auch hier die Knappheit an Arbeitskräften, vor allem an Fachkräften, die seit einigen Monaten wieder stärker spürbar geworden ist. Das gilt vor allem für die Zuliefererbetriebe (Maschinenbauer, Schlosser, Galvaniseure), die in der Rezession Arbeitskräfte entlassen haben, Neueinstellungen nun aber aufgrund der Arbeitsmarktlage nicht vornehmen können. Bei den Dienstleistungs- und Bekleidungshandwerken besteht besonders in den Außenbezirken Berlins ein Mangel an Arbeitskräften.

In den folgenden Jahren dürfte der Rückgang der Betriebszahl weiterhin anhalten. Die Handwerkskammer rechnet jedoch damit, daß sich dieser Prozeß abflachen wird.

Die stärksten Einbußen werden sich voraussichtlich — wie in der Vergangenheit — in der Gruppe Bekleidung ergeben. Aufgrund der Umstrukturierung bei der Damenoberbekleidung wird der Marktanteil des Schneiderhandwerks ständig geschmälert.

Ein großer Bereich des Berliner Handwerks ist von der Bauwirtschaft abhängig, die in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher expandieren wird. Die Nachfrageentwicklung im Bau- und Ausbaugewerbe wird davon nicht unberührt bleiben. Dabei wird sich aufgrund der zunehmenden Stadtsanierung die Lage der mittelgroßen Betriebe in Berlin vermutlich günstiger entwickeln als die der größeren Unternehmen.

Gute Entwicklungschancen werden den Handwerkszweigen im Bereich der technischen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter (z. B. Büromaschinenmechaniker, Radio- und Fernsehtechniker, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Kraftfahrzeughandwerker) eingeräumt.

Die Nahrungsmittelhandwerke treffen auf eine relativ unelastische Nachfrage und werden daher nur einen begrenzten Anstieg ihres Umsatzes zu erwarten haben. In mehreren Wohngebieten bestehen dagegen echte Entwicklungsmöglichkeiten.

III. Binnenhandel

a) Die konjunkturelle Situation: Umsatzentwicklung

Der Handel in Berlin hat die Rezession des Jahres 1967 nicht im selben Maß gespürt wie die Industrie. Der Einzelhandel konnte noch ein — wenn auch nur geringes — Umsatzwachstum (1,0 v. H.) gegenüber 1966 erzielen (Bundesgebiet: + 1,2 v. H.). Die Großhandelsumsätze hingegen verminderten sich um 1,7 v. H. (Bundesgebiet: + 0,7 v. H.).

Im Verlauf des Jahres 1968 war die konjukturelle Lage im Berliner Handel, insbesondere im Einzelhandel, durch eine verstärkte Besserung gekennzeichnet, die aber noch hinter der Entwicklung der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben ist. Die Umsätze des Einzelhandels nahmen in Berlin nur um 3,7 v. H., im gesamten Bundesgebiet um 4,4 v. H. gegenüber 1967 zu. Sowohl in Berlin als auch im Bundesgebiet verlief die Umsatzentwicklung im Jahresablauf 1968 zunehmend positiv.

Der Großhandel steigerte seine Umsätze im Jahr 1968 gegenüber 1967 in Berlin um 5,4 v. H., im Bundesgebiet um 10,1 v. H.

b) Strukturelle Entwicklungstendenzen

Die Entwicklung des Einzelhandels in Berlin ist in längerer Sicht durch ein paralleles Wachstum der Umsätze im Vergleich zum Bundesgebiet gekennzeichnet; der Berliner Großhandel dagegen konnte mit dem Wachstum der Umsätze im Großhandel des Bundesgebietes nicht Schritt halten (Tabelle 12).

Tabelle 12

Umsatzentwicklung im Groß- und Einzelhandel in Berlin (West) und in der Bundesrepublik 1963 bis 1968

Veränderung der Umsatzindizes in v. H.

	Einzelhandel		Großhandel	
	Berlin	Bundesgebiet	Berlin	Bundesgebiet
1963	+ 6,4	+ 5,0	+4,0	+ 5,0
1964	+ 8,1	+ 7,6	+7,7	+ 7,5
1965	+10,3	+10,0	+9,2	+ 8,2
1966	+ 4,4	+ 5,3	+1,2	+ 2,3
1967	+ 1,0	+ 1,2	−1,7	− 0,7
1968	+ 3,7	+ 4,4	+5,4	+10,1
1963 bis 1968*)	+ 5,7	+ 5,6	+4,3	+ 5,4

*) arithmetisches Mittel der jährlichen Zuwachsraten

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

Der Handel gehört nach wie vor zu denjenigen Wirtschaftsbereichen in Berlin, deren Entwicklung von der besonderen Lage der Stadt stark beeinflußt wird. Der Umsatz des Einzelhandels pro Kopf der Bevölkerung in Berlin zeigt z. B. die wirtschaftliche Wirkung des fehlenden Hinterlandes im Gegensatz zu Hamburg. Nach Berechnung des Gesamtverbandes des Einzelhandels in Berlin betrug 1967 der Einzelhandelsumsatz pro Kopf der Bevölkerung in Hamburg 4000 DM, in Berlin nur 3348 DM. Besonders für den Berliner Großhandel und für Handelsvertretergewerbe macht sich der Verlust der zentralörtlichen Funktion Berlins negativ bemerkbar. Man kann schätzen, daß über 90 v. H. des Großhandelsumsatzes in Berlin auf reinen Platzhandel entfallen, der mit relativ kleinen Auftragsgrößen verbunden ist und somit auch zu Kostennachteilen führt.

Die allgemeine Tendenz der sich ständig verbessernden strukturellen Position der Großbetriebe im Handel ist auch in Berlin im Zeitraum 1962 bis 1966 unverkennbar gewesen. Zu beobachten ist sowohl eine Verminderung der Zahl der kleineren Betriebe (Tabellen 13 und 14) als auch eine Verlagerung der Marktanteile zugunsten der Betriebe mit hohem Jahresumsatz.

Ähnliche Entwicklungsverläufe der Größenstruktur im Handel lassen sich auch für die beiden anderen Stadtstaaten, Hamburg und Bremen, nachweisen, allerdings mit dem Unterschied, daß in Berlin der Anteil der Großbetriebe des Großhandels niedriger, derjenige der Großbetriebe des Einzelhandels dagegen höher liegt.

Darüber hinaus beginnen sich neue Betriebsformen, vor allem Verbrauchermärkte, einen Umsatzanteil zu erobern.

Über die Entwicklung der Marktanteile der einzelnen Betriebsformen liegt für den Lebensmitteleinzelhandel eine Untersuchung der Forschungsstelle für den Handel, Berlin, vor. Aus ihr läßt sich ein starkes Vordringen der Großbetriebsformen des Einzelhandels erkennen (Tabelle 15).

Tabelle 13

Steuerpflichtige und Umsatz im Großhandel nach Umsatzgrößenklassen in Berlin (West)

1962, 1964 und 1966

	12 500 bis unter 100 000 DM Umsatz		100 000 bis unter 1 Million Umsatz		1 Million DM und mehr Umsatz		insgesamt	
	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz
	Zahl der Steuerpflichtigen in 1000 und Umsatz in Millionen DM							
1962	1 486	74	2 286	853	893	4 269	4 665	5 196
1964	1 272	65	2 077	790	923	4 448	4 272	5 303
1966	1 145	59	2 025	794	981	5 087	4 151	5 940
	Anteile der Steuerpflichtigen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und des Umsatzes am Gesamtumsatz in v. H.							
1962	*31,9*	*1,4*	*49,0*	*16,4*	*19,1*	*82,2*	*100,0*	*100,0*
1964	*29,8*	*1,2*	*48,6*	*14,9*	*21,6*	*83,9*	*100,0*	*100,0*
1966	*27,6*	*1,0*	*48,8*	*13,4*	*23,6*	*85,6*	*100,0*	*100,0*

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Umsatzsteuerstatistik

Tabelle 14

Steuerpflichtige und Umsatz im Einzelhandel nach Umsatzgrößenklassen in Berlin (West) *) 1962, 1964 und 1966

	12 500 bis unter 100 000 DM Umsatz		100 000 bis unter 1 Million Umsatz		1 Million DM und mehr Umsatz		insgesamt	
	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz
	Zahl der Steuerpflichtigen in 1000 und Umsatz in Millionen DM							
1962	12 175	642	9 243	2 098	366	3 657	21 784	6 396
1964	10 162	553	9 853	2 325	416	4 458	20 431	7 336
1966	8 902	492	10 351	2 542	507	5 928	19 760	8 962
	Anteile der Steuerpflichtigen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und des Umsatzes am Gesamtumsatz in v. H.							
1962	*55,9*	*10,0*	*42,4*	*32,8*	*1,7*	*57,2*	*100,0*	*100,0*
1964	*49,7*	*7,5*	*48,2*	*31,7*	*2,0*	*60,8*	*100,0*	*100,0*
1966	*45,0*	*5,5*	*52,4*	*28,4*	*2,6*	*66,1*	*100,0*	*100,0*

*) Die Angaben werden durch Einbeziehung der Gruppe „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art" verzerrt, da hier einerseits die Umsätze von Filialen Berliner Handelsbetriebe im übrigen Bundesgebiet enthalten sind, andererseits jedoch nicht die in Berlin getätigten Umsätze von Betrieben, die ihren Sitz außerhalb Berlins haben und die insbesondere beim Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Warenhäuser) stark vertreten sind. Eine Untersuchung hat allerdings ergeben, daß sich unter Ausschaltung dieser Gruppe kein wesentlicher Unterschied des Strukturwandels im Handel ergeben würde.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Umsatzsteuerstatistik

Tabelle 15

Marktanteile im Lebensmitteleinzelhandel *) in Berlin (West) 1964, 1966 und 1967

Einzelhandelsgruppe bzw. Betriebsform	Umsatz					
	1964		1966		1967	
	absolut in Millionen DM	Anteil in v. H.	absolut in Millionen DM	Anteil in v. H.	absolut in Millionen DM	Anteil in v. H.
Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser	172	*9,6*	238	*11,2*	262	*12,1*
Großfilialisten } Konsumgenossenschaft (GVG) }	646	*35,9*	765	*36,0*	811	*37,4*
			69	*3,2*	0	*3,7*
Einkaufsgenossenschaften (Edeka, Rewe/Egemi)	310	*17,3*	335	*15,9*	330	*15,2*
Freiwillige Ketten	140	*7,8*	150	*7,1*	145	*6,7*
Discounter	105	*5,8*	180	*8,5*	205	*9,4*
Sonstige	424	*23,6*	385	*18,1*	336	*15,5*
insgesamt ...	1 797	*100,0*	2 122	*100,0*	2 169	*100,0*

*) ohne Spezialhandel (z. B. Reformgeschäfte, Süßwarengeschäfte u. ä.)

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin und Forschungsstelle für den Handel, Berlin

IV. Verkehrsgewerbe

a) Die konjunkturelle Situation

Die Bereiche der Verkehrswirtschaft und der Nachrichtenübermittlung nahmen — wie schon 1967 — eine konjunkturell relativ günstige Entwicklung. Sie erhöhten 1968 ihre realen Leistungen gegenüber 1967 um 4,4 v. H. Nähere Hinweise über die konjunkturelle Lage in der Vekehrswirtschaft, insbesondere in ihren einzelnen Bereichen, sind mangels statistischer Unterlagen nicht möglich.

b) Die längerfristige Entwicklung im Güterverkehrsgewerbe

Ein Überblick über die längerfristige Entwicklung des Güterverkehrsgewerbes mit Kraftfahrzeugen (einschließlich Möbeltransport) läßt sich aus der Umsatzsteuerstatistik gewinnen. Sie weist für den Zeitraum 1962 bis 1966 für das Berliner Güterverkehrsgewerbe eine deutlich niedrigere Wachstumsrate der Umsätze als für das Güterverkehrsgewerbe im gesamten Bundesgebiet aus. Einer Zunahme der Umsätze der Berliner Steuerpflichtigen um 22,9 v. H. stand eine Steigerung der Umsätze der Steuerpflichtigen im gesamten Bundesgebiet um 34,1 v. H. gegenüber.

Im Verhältnis der Klein- und Mittelbetriebe und der Großbetriebe zueinander haben sich von 1962 bis 1966 nicht unwesentlich strukturelle Verschiebungen ergeben. Der Umsatzanteil der Betriebe mit einem Umsatz von 12 500 bis unter 100 000 DM ging von 18,4 v. H. (1962) auf 13,4 v. H. (1966) zurück. Der Marktanteil der Betriebe mit einem Umsatz von 100 000 bis unter 1 Million DM verminderte sich im selben Zeitraum von 56,7 v. H. auf 53,4 v. H. Der Strukturanteil der Betriebe mit über 1 Million DM Jahresumsatz nahm dagegen von 24,9 v. H. auf 33,2 v. H. des Gesamtumsatzes des Güterverkehrsgewerbes mit Kraftfahrzeugen zu.

Die Umsatzsteuerstatistik läßt eine Aufspaltung des Güterverkehrsgewerbes in Güternah- und Güterfernverkehrsgewerbe nicht (mehr) zu (seit 1962). Es kann jedoch vermutet werden, daß eine solche Aufspaltung zeigen würde, daß im Vergleich Berlin-Bundesgebiet das Berliner Nahverkehrsgewerbe eine relativ ungünstigere Umsatzentwicklung als das Berliner Güterfernverkehrsgewerbe aufweist. Während die Entwicklung des Berliner Nahverkehrsgewerbes dadurch beeinträchtigt wird, daß es seinen Aktionsbereich (50 km um den Ortsmittelpunkt) nicht ausschöpfen kann, wirkt sich die politisch-geographische Lage Berlins im Fall des Güterfernverkehrsgewerbes z. T. positiv aus. Rund 43 v. H. des mengenmäßigen Güterverkehrs zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet entfallen auf den Lastkraftwagen. Die mittlere Versandweite liegt für den Berliner Unternehmer um rund 100 km über der für Transporte im übrigen Bundesgebiet. Ein Nachteil besteht allerdings darin, daß im Berlin-Verkehr überwiegend nur eine Fahrtrichtung (in Richtung Berlin) voll ausgelastet werden kann. Im Verkehr von Berlin können nahezu 60 v. H. des Lkw-Frachtraumes nicht genutzt werden. Wie sich aus der Statistik der Einnahmen im Güterfernverkehr (ohne Möbelfernverkehr) der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr ergibt, hat das Wachstum der Einnahmen des Berliner Gewerbes im Zeitraum 1962 bis 1968 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5,0 v. H. (arithmetischer Durchschnitt der jährlichen Wachstumsraten) mit demjenigen des Güterfernverkehrsgewerbes im Bundesgebiet (+ 4,3 v. H.) Schritt gehalten (Tabelle 16).

Tabelle 16

Entwicklung der Einnahmen im gewerblichen Güterfernverkehr (ohne Möbelfernverkehr) auf der Straße in Berlin (West) und der Bundesrepublik

1962 bis 1968

Jahr	in Millionen DM		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
	Berlin (West)	Bundesgebiet	Berlin (West)	Bundesgebiet
1962	121,1	2 231,9	+ 4,7	+ 4,9
1963	123,4	2 340,3	+ 1,9	+ 4,9
1964	126,9	2 516,1	+ 2,8	+ 7,5
1965	137,8	2 638,4	+ 8,6	+ 4,9
1966	141,1	2 776,1	+ 2,4	+ 5,2
1967	155,3	2 733,8	+10,1	− 1,5
1968	169,5	3 015,2	+ 9,2	+10,3

Quelle: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr

Die schon aus der Umsatzsteuerstatistik erkennbare Verbesserung der Marktposition der größeren Betriebe läßt sich sowohl für das Güternahverkehrsgewerbe als besonders auch für das Berliner Güterfernverkehrsgewerbe aus der Statistik der Zahl der Unternehmen und der Fahrzeuge ablesen. In beiden Bereichen ist die Entwicklung durch einen Rückgang der Zahl kleinerer Betriebe (im Güternahverkehr die Betriebe mit bis zu vier Fahrzeugen, im Güterfernverkehr diejenigen mit bis zu zwei Fahrzeugen) und eine zunehmende durchschnittliche Ausstattung der Betriebe mit Fahrzeugen gekennzeichnet (Tabellen 17 und 18).

c) Die längerfristige Entwicklung im Omnibusgewerbe

Besonderen Schwierigkeiten sieht sich das Berliner Omnibusgewerbe gegenüber, dessen Unternehmen z. T. gleichzeitig als Reiseveranstalter, im übrigen im Linienverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet, im Einsatz für Reiseveranstalter sowie im Stadtrundfahrt- und im geringen Umfang auch im Ausflugsverkehr tätig sind.

Im Rückgang der Zahl der Omnibusse um 32 v. H. von Ende 1963 bis Ende 1968 spiegelt sich der ungünstige Verlauf der Nachfrage nach den Leistungen des privaten Omnibusgewerbes (Tabelle 19).

Tabelle 17

Strukturdaten des Güternahverkehrsgewerbes *) in Berlin (West)

	31. Dezember 1963	31. Dezember 1968	Veränderung in v. H.
Unternehmen	1 510	1 370	− 9,3
davon			
mit bis zu 4 Fahrzeugen	1 376	1 179	−14,3
mit mehr als 4 Fahrzeugen	134	191	+42,5
Fahrzeuge	3 585	3 684	+ 2,8
Fahrzeuge je Unternehmen	2,4	2,7	+12,5

*) Einbezogen sind die Unternehmen mit Fahrzeugen mit mehr als 750 kg Nutzlast. Die Zahlen beruhen auf der Statistik der vom Senator für Wirtschaft als Erlaubnisbehörde erteilten Erlaubnisse. In den Zahlen sind Erlaubnisse für Unternehmen enthalten, die ihren Schwerpunkt im Güterfernverkehr, aber auch im Handel haben.

Quelle: Senator für Wirtschaft, Berlin

Tabelle 18

Strukturdaten des Güterfernverkehrsgewerbes *) in Berlin (West)

	31. Dezember 1963	31. Dezember 1968	Veränderung in v. H.
Unternehmen	351	376	+ 7,1
davon			
mit bis zu 2 Fahrzeugen	222	182	−18,0
mit mehr als 2 Fahrzeugen	129	194	+50,4
Fahrzeuge	980	1 548	+58,0
Fahrzeuge je Unternehmen	2,8	4,1	+46,4

*) Die Angaben entstammen der Genehmigungsstatistik des Senators für Wirtschaft. Sie umfaßt alle Unternehmen, die im Besitz von Fernverkehrskonzessionen sind.

Quelle: Senator für Wirtschaft, Berlin

Tabelle 19

Strukturdaten des privaten Omnibusgewerbes in Berlin (West)

	31. Dezember 1963	31. Dezember 1968	Veränderung in v. H.
Unternehmen	54	47	−12,9
Fahrzeuge	434	295	−32,0
Sitzplätze	17 509	13 189	−24,7
Fahrzeuge je Unternehmen	8,0	6,3	−21,2

Quelle: Senator für Wirtschaft, Berlin

Die wesentlich ungünstigere Entwicklung der Einnahmen der Berliner privaten Omnibusunternehmen im Vergleich zu den Unternehmen im gesamten Bundesgebiet kommt in der Tabelle 20 zum Ausdruck.

Tabelle 20

Entwicklung der Einnahmen der privaten Kraftomnibusunternehmen in Berlin (West) und der Bundesrepublik

1962 bis 1968

	in Millionen DM		Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in v. H.	
	Berlin	Bundesgebiet	Berlin	Bundesgebiet
1962	26,6	582,6	+7,9	+2,6
1963	25,0	592,7	−6,0	+1,7
1964	22,6	622,2	−9,6	+5,0
1965	23,0	662,6	+1,7	+6,5
1966	23,2	711,2	+0,9	+7,3
1967	24,4	720,2	+5,2	+1,3
1968	22,4	756,5	−8,2	+5,0

Quelle: Kraftfahrtbundesamt und Senator für Wirtschaft, Berlin

Die seit dem 5. Juli 1968 zusätzlich erhöhte Flugpreissubvention der Flugverbindung Berlin—Hannover hat die ungünstige Entwicklung des Fahrgastaufkommens im Omnibusverkehr zwischen Berlin und dem Raum Hannover sicherlich verstärkt.

Die geplanten Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung werden die mit dem Verkehrsrückgang verbundenen Nachteile nur zum Teil auffangen können. Es ist nicht zu übersehen, daß für das Berliner Omnibusgewerbe eine Verschlechterung der Lage und der Entwicklungsaussichten eingetreten ist, die in ihrem Umfang noch nicht endgültig überblickt werden können.

d) Die längerfristige Entwicklung im Droschken- und Mietwagengewerbe

Das Droschken- und Mietwagengewerbe weisen im Vergleich 31. Dezember 1963 bis 31. Dezember 1968 eine beachtliche Zunahme der Zahl der Fahrzeuge auf. Die Zahl der Droschken nahm von 3531 auf 3848 (+ 9,0 v. H.) zu bei einem Anstieg der Zahl der Betriebe von 3082 auf 3354 (+ 8,8 v. H.).

In Berlin ist die Zahl der Einwohner je Droschke höher als in anderen vergleichbaren Städten des Bundesgebietes. Während in München die Zahl der Einwohner je Fahrzeug 428 und in Hamburg 551 beträgt, erreicht sie in Berlin 557 (1968).

Im Mietwagengewerbe erhöhte sich die Zahl der Wagen von 280 auf 568 (+ 103 v. H.); die Zahl der Betriebe nahm von 154 auf 350 (+ 127 v. H.) zu. Trotz dieser raschen Aufwärtsentwicklung hat das Mietwagengewerbe in Berlin wegen der besonderen Lage der Stadt eine geringere Bedeutung als in anderen Großstädten der Bundesrepublik.

V. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

a) Die konjunkturelle Situation: Umsätze, Fremdenübernachtungen

Während das Rezessionsjahr 1967 dem Berliner Gastgewerbe noch beachtliche Wachstumsraten — sowohl hinsichtlich des Gesamtumsatzes als auch der Zahl der Fremdenübernachtungen — brachte, ist die Entwicklung des Jahres 1968 hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurückgeblieben. Insbesondere im Gaststättengewerbe konnte der Vorjahresumsatz nicht wieder erreicht werden (— 3,6 v. H.), im Bundesgebiet blieb dagegen der Vorjahresumsatz annähernd gleich (— 0,2 v. H.) [1]).

Für das Beherbergungsgewerbe weist die amtliche Statistik trotz rückläufiger Zahl der Fremdenübernachtungen (— 5,9 v. H.) eine über das Jahr insgesamt unveränderte Umsatzentwicklung auf (+ 0,2 v. H., wie im Bundesgebiet). Allerdings verlief die Entwicklung in Berlin von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich.

b) Strukturelle Entwicklungstendenzen

Im Vergleich zum Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im übrigen Bundesgebiet hat dieser Wirtschaftszweig in Berlin in den Jahren 1963 bis 1967 stets einen höheren Umsatzzuwachs erreicht. Im vergangenen Jahr blieb die Entwicklung des Gastgewerbes in Berlin allerdings hinter den Ergebnissen des Bundesgebietes zurück (Tabelle 21).

Auch ein den strukturellen Gegebenheiten besser gerecht werdender Vergleich mit westdeutschen Großstädten läßt die relativ positive längerfristige Entwicklung in Berlin erkennen. Ein Vergleich mit den Städten München, Hamburg, Frankfurt (Main) und Köln zeigt, daß die Zahl der Fremdenübernachtungen seit dem Winterhalbjahr 1962/63 in Berlin stärker angestiegen ist als in den genannten Städten (Tabelle 22).

[1]) Die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Umsatzzahlen des Jahres 1968 sind wegen der Einführung der Mehrwertsteuer insbesondere für das Gastgewerbe nur unter großem Vorbehalt mit dem Vorjahr vergleichbar.

Tabelle 21

Umsatzentwicklung im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe *) in Berlin (West) und der Bundesrepublik

1963 bis 1968

Veränderung des Umsatzes in v. H. des Vorjahresumsatzes

	Gastgewerbe insgesamt		davon			
			Gaststättengewerbe		Beherbergungsgewerbe	
	Berlin	Bundesgebiet	Berlin	Bundesgebiet	Berlin	Bundesgebiet
1963	+10,7	+4,0	+10,1	+3,2	+14,4	+6,4
1964	+11,9	+5,4	+11,0	+5,0	+18,5	+6,1
1965	+ 8,0	+5,5	+ 6,5	+4,8	+16,7	+7,4
1966	+ 8,1	+4,2	+ 6,5	+3,3	+16,6	+6,3
1967	+ 6,2	+0,9	+ 5,6	+0,7	+ 8,8	+1,5
1968	− 2,9	+0,1	− 3,6	−0,2	+ 0,2	+0,2
1963 bis 1968 *)	+ 7,0	+3,2	+ 6,0	+2,7	+12,5	+4,7

*) arithmetisches Mittel der jährlichen Zuwachsraten

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt

Tabelle 22

Veränderung der Zahl der Fremdenübernachtungen in deutschen Großstädten

1962 bis 1968

	Hamburg		Köln		Frankfurt (Main)		München		Berlin (West)	
	absolut	v. H.*)	absolut	v. H.*)	absolut	v. H.*)	absolut	v. H.*)	absolut	v. H.*)
Winterhalbjahr 1961/62	1 117 368	+1,3	585 929	+9,9	859 576	+3,1	1 458 715	+ 8,5	599 187	– 2,0
Sommerhalbjahr 1962	1 564 577	+0,3	704 019	–1,2	995 377	–0,4	1 941 224	+15,8	844 303	+ 6,9
Winterhalbjahr 1962/63	1 147 330	+2,7	592 431	+1,1	878 049	+2,1	1 483 030	+ 1,7	680 951	+13,6
Sommerhalbjahr 1963	1 659 072	+6,0	761 758	+8,2	1 058 555	+6,3	1 932 903	– 0,4	1 032 835	+22,3
Winterhalbjahr 1963/64	1 152 792	+0,5	636 114	+7,4	931 842	+6,1	1 513 861	+ 2,1	871 113	+27,9
Sommerhalbjahr 1964	1 563 537	–5,8	748 669	–1,7	1 103 592	+4,3	1 938 305	+ 0,3	1 125 152	+ 8,9
Winterhalbjahr 1964/65	1 151 823	–0,1	611 806	–3,8	954 501	+2,4	1 592 282	+ 5,2	922 481	+ 5,9
Sommerhalbjahr 1965	1 609 532	+2,9	786 518	+5,1	1 188 481	+7,7	2 115 494	+ 9,1	1 264 917	+12,4
Winterhalbjahr 1965/66	1 193 882	+3,7	627 214	+2,5	989 785	+3,7	1 586 651	– 0,4	997 504	+ 8,1
Sommerhalbjahr 1966	1 608 478	–0,1	748 514	–4,8	1 200 040	+1,0	2 021 462	– 4,4	1 395 349	+10,3
Winterhalbjahr 1966/67	1 182 767	–0,9	586 394	–6,5	978 103	–1,2	1 513 330	– 4,6	1 088 186	+ 9,1
Sommerhalbjahr 1967	1 541 487	–4,2	741 338	–1,0	1 178 364	–1,8	1 843 085	– 8,8	1 491 734	+ 6,9
Winterhalbjahr 1967/68	1 140 692	–3,6	615 146	+4,9	933 526	–4,6	1 437 580	– 5,0	1 039 688	– 4,5
Sommerhalbjahr 1968	1 531 397	–0,7	709 020	–4,4	1 143 967	–2,9	1 859 482	+ 0,9	1 377 962	– 7,6

*) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 23

Steuerpflichtige und Umsatz im Beherbergungsgewerbe [Hotels und Gasthöfe *)] nach Umsatzgrößenklassen in Berlin (West) und in der Bundesrepublik 1962, 1964 und 1966

Jahr	12 500 DM bis unter 100 000 DM Umsatz				100 000 DM bis unter 1 Million DM Umsatz			
	Berlin (West)		Bundesgebiet		Berlin (West)		Bundesgebiet	
	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz
	Zahl der Steuerpflichtigen und Umsatz in 1000 DM							
1962	54	2 735	11 119	540 940	29	8 616	6 607	1 558 521
1964	63	3 491	9 631	479 778	42	11 975	6 753	1 659 069
1966	64	3 519	8 455	422 931	54	15 064	6 862	1 758 033
	Anteile der Steuerpflichtigen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und des Umsatzes am Gesamtumsatz in v. H.							
1962	61,4	8,0	61,9	20,2	33,0	25,3	36,8	58,1
1964	56,2	7,4	57,8	16,6	37,5	25,4	40,5	57,4
1966	49,2	4,9	53,9	13,5	41,5	20,9	43,7	56,2

*) Umsatzsteuerstatistik, Nummer der Systematik der Wirtschaftszweige: 7000

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin und Statistisches Bundesamt; z. T. Berechnungen des Senators für Wirtschaft

Der Mangel an umfassenden statistischen Unterlagen erschwert auch bei diesem Wirtschaftszweig sehr stark den Einblick in strukturelle Änderungsprozesse. Die vorhandenen Unterlagen erlauben nur einige generelle Hinweise auf die Entwicklung im Beherbergungsgewerbe.

Das Bettenangebot im Berliner Beherbergungsgewerbe hat sich im Zuge eines ausgedehnten Hotelneubaus in den letzten Jahren stark erhöht. Ende 1968 betrug die Zahl der verfügbaren Betten 14 825 gegenüber rd. 9250 Ende 1963. Diese dem Umfang des Fremdenverkehrs vorauseilende Entwicklung hat zu einem Rückgang der Kapazitätsausnutzung geführt. Das Bettenangebot wurde 1965 durchschnittlich zu 54,3 v. H., 1966 zu 50,4 v. H., 1967 zu 47,8 v. H. und 1968 zu 43,6 v. H. ausgenutzt. Nachdem schon seit 1965 keine öffentlichen Kredite mehr für Hotelneubauten in Berlin zur Verfügung gestellt werden und ab 1970 auch die Abschreibungspräferenz (§ 14 des Berlinhilfegesetzes) für Hotelneubauten wegfällt, ist vorerst kaum noch ein wesentliches Anwachsen der Bettenzahl zu erwarten. Bei weiter ansteigendem Fremdenverkehr kann daher mittelfristig mit einem besseren Ausgleich zwischen Bettenangebot und Nachfrage und damit einer wieder steigenden Kapazitätsausnutzung gerechnet werden.

Es ist nicht auszuschließen, daß im Zuge des zunehmenden Wettbewerbs die Position mancher mittlerer und kleinerer Betriebe gegenüber den größeren Betrieben schwieriger geworden ist. So läßt sich aus der Umsatzsteuerstatistik für die Jahre 1962, 1964 und 1966 ein abnehmender Umsatzanteil der Betriebe mit 12 500 bis unter 100 000 DM (Gruppe 1) sowie derjenigen mit 100 000 bis unter 1 Million DM (Gruppe 2) erkennen. Dagegen konnten die Beherbergungsbetriebe mit einem Jahresumsatz von über 1 Million DM (Gruppe 3) ihren Marktanteil beträchtlich erhöhen (Tabelle 23).

Der Anteil der Betriebe der Gruppe 1 an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen ging ebenfalls deutlich zurück. Die in den Gruppen 2 und 3 zusammengefaßten Steuerpflichtigen errangen beide einen höheren Anteil an der Zahl aller Steuerpflichtigen im Beherbergungsgewerbe (Tabelle 23).

Diese strukturellen Entwicklungstendenzen im Beherbergungsgewerbe sind jedoch keine isolierte Berliner Erscheinung. Die Zahlen der Umsatzsteuerstatistik weisen für das gesamte Bundesgebiet einen sehr ähnlichen Verlauf der strukturellen Umschichtung im Verhältnis der kleineren und größeren Betriebe zueinander aus (Tabelle 23).

Tabelle 23

1 Million DM und mehr Umsatz				insgesamt				Jahr
Berlin (West)		Bundesgebiet		Berlin (West)		Bundesgebiet		
Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	Steuerpflichtige	Umsatz	
Zahl der Steuerpflichtigen und Umsatz in 1000 DM								
5	22 704	238	583 056	88	34 055	17 964	2 682 517	1962
7	31 707	293	749 956	112	47 173	16 677	2 888 803	1964
12	53 415	368	945 369	130	71 998	15 685	3 126 333	1966
Anteile der Steuerpflichtigen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und des Umsatzes am Gesamtumsatz in v. H.								
5,6	*66,7*	*1,3*	*21,7*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	1962
6,3	*67,2*	*1,7*	*26,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	1964
9,3	*74,2*	*2,4*	*30,3*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	1966

D. Die Auswirkungen der Förderungsmaßnahmen des Bundes auf die Berliner Wirtschaft

I. Zusammenwirken von Integration und Bundeshilfen

Es läßt sich nicht auseinander halten, in welchem Ausmaße der gegenwärtige Entwicklungsstand und die wirtschaftlich sozialen Strukturwandlungen der Berliner Wirtschaft Folge der Integration Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik sind und inwieweit die vielfältigen wirtschaftsfördernden Hilfen des Bundes dazu beigetragen haben. Sicher ist, daß das eine ohne das andere weitgehend wirkungslos geblieben wäre.

Eine wichtige Voraussetzung auch für die wirtschaftliche Verflechtung war das Dritte Überleitungsgesetz von 1952, durch das Berlin in das Finanzsystem der Bundesrepublik eingegliedert wurde. Nach § 16 dieses Gesetzes erhält Berlin jährlich eine Finanzhilfe des Bundes. Obgleich sie ihrem Charakter nach eigentlich keine speziell wirtschaftsfördernde Maßnahme darstellt, enthält sie doch wesentliche Elemente — z. B. die Finanzierung großer Bauprogramme — die in beträchtlichem Ausmaß direkt und indirekt zur Entfaltung der wirtschaftlichen Aktivität der Stadt beitragen. Insgesamt sind dem Berliner Haushalt dafür in der Zeit von 1951 bis 1968 rund 24 Mrd. DM zugeflossen. Für das Jahr 1969 ist im Bundeshaushalt für die Finanzhilfe ein Betrag von 2579 Millionen DM vorgesehen.

II. Die wichtigsten Bundeshilfen für die Berliner Wirtschaft

Zugleich wurde ein System entwickelt, das die vielfältigen wirtschaftlichen und psychologischen Nachteile und Hemmnisse der politischen Insellage Berlins durch Investitions-, Produktions-, Absatz- und einkommensfördernde Maßnahmen auszugleichen und strukturverbessernde Effekte auszulösen sucht. Einen zusammenfassenden Überblick über den gegenwärtigen Stand der unmittelbar wirtschaftsfördernden Bundeshilfen, die sich im wesentlichen aus den steuerlichen Vergünstigungen des Berlinhilfegesetzes, aus Finanzierungshilfen des ERP-Sondervermögens [1]) und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV), aus Garantien und Bürgschaften, aus Bevorzugungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, finanziellen Zuwendungen für zuziehende Arbeitnehmer sowie Erstattungen und Ermäßigungen verschiedener Verkehrs- und Postgebühren zusammensetzen, ist aus der vom Berliner Senator für Wirtschaft herausgegebenen und in der Anlage auszugsweise beigefügten Werbeschrift „Es lohnt sich . . . Investieren — Produzieren in Berlin" zu entnehmen.

III. Wirtschaftsförderung des Bundes für die kleinen und mittleren Unternehmen der Berliner Wirtschaft

Durch alle diese Maßnahmen werden auch die kleinen und mittleren Unternehmen in Berlin begünstigt. Es fehlen aber statistische Unterlagen, um Stichhaltiges über die speziellen Wirkungen der Bundeshilfen auf diesen Unternehmenskreis auszusagen. Es seien deshalb hier wenigstens die wichtigsten Hilfen aufgeführt, die speziell auf die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet sind.

Die Steuerpräferenzen des Berlinhilfegesetzes kommen allen Berliner Unternehmen oder Arbeitnehmern zugute, ohne nach Unternehmensgrößen zu unterscheiden. Eine Ausnahme bildet der § 13 BHG, der kleinen Unternehmern, deren jährlicher Umsatz 200 000 DM nicht übersteigt, einen besonderen Umsatzsteuerkürzungsanspruch einräumt.

Es ist verschiedentlich kritisiert worden, die Steuerpräferenzen des BHG begünstigten Berliner Großbetriebe stärker als kleine und mittlere Unternehmen. Eine eindeutige Stellungnahme zu dieser Kritik ist kaum möglich, weil sich der Effekt der Präferenzen nicht von den Auswirkungen allgemeiner struktureller Wandlungen isolieren läßt. Kleine und mittlere Betriebe sind in ihren Fertigungen häufig arbeitsintensiver als Großbetriebe. Daraus folgt, daß sie diejenigen Präferenzen des BHG, die in erster Linie auf eine Förderung der Kapitalintensität zielen, weniger in Anspruch nehmen können. Das gilt sowohl für die erhöhten Absetzungen nach § 14 BHG als auch für die Investitionszulagen nach § 19 BHG. Bei den erhöhten Absetzungen nach § 14 BHG ist außerdem unvermeidbar, daß sie sich wie alle anderen gewinnbezogenen einkommensteuerlichen Vergünstigungen wegen der progressiven Gestaltung des Steuertarifs um so stärker auswirken je höher der Steuersatz ist, der jeweils angewendet wird. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß sich die Förderung der größeren Betriebe mit Sekundäreffekten auch auf die kleineren und mittleren Betriebe auswirkt.

Bei den ERP-Krediten gibt es mehrere Sonderprogramme, die eigens auf diesen Unternehmensbereich in Berlin zugeschnitten sind:

Existenzgründungsdarlehen für den gewerblichen Mittelstand (die in Berlin mit günstigeren Konditionen als im übrigen Bundesgebiet gewährt werden)

Investitions-Kleinkredite an Handwerksbetriebe

---

[1]) Bis einschließlich 1968 wurden aus dem ERP-Sondervermögen rd. 8 Mrd. DM an die Berliner Wirtschaft gezahlt. Für 1969 ist ein Volumen von 377 Millionen DM vorgesehen.

Investitions-Kredite an Lohngewerbetreibende der Bekleidungsindustrie

Investitionsteilzahlungskredite (an das Bauhaupt- und Baunebengewerbe)

Für diese Programme sind im Durchschnitt der letzten drei Jahre Zusagen in Höhe von 7,6 Millionen DM gemacht worden.

Von den insgesamt im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1967 [1]) für Berlin ausgezahlten Investitionskrediten aus dem ERP-Vermögen in Höhe von 231 Millionen DM entfielen auf Betriebe mit bis zu 99 Beschäftigten 72,3 Millionen DM. Über die Verteilung dieser Mittel auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche gibt die Tabelle 24 Auskunft.

Tabelle 24

Investitionskredite aus dem ERP-Sondervermögen (Auszahlungen) an Betriebe bis zu 99 Beschäftigten im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1967 in Berlin (West)

	Millionen DM
Industrie	40,7
Baugewerbe	2,3
Handwerk	10,7
Großhandel	6,4
Einzelhandel	2,2
Verlage	0,1
Verkehrsgewerbe	3,4
Existenzgründung allgemein	2,7
Sonstige Auszahlungen	3,8
insgesamt	72,3

Quelle: Senator für Wirtschaft

Darüber hinaus ist kürzlich ein nur für Berlin geltendes ERP-Kreditprogramm zur „Errichtung von Handwerksbetrieben und produzierenden Betrieben des gewerblichen Mittelstandes" geschaffen worden. U. a. kann danach nunmehr auch dann die Errichtung oder Übernahme von Betrieben der genannten Art gefördert werden, wenn es sich nicht um die Errichtung der ersten selbständigen Existenz (wie dies bei den allgemeinen Existenzgründungsdarlehen für den gewerblichen Mittelstand vorgesehen ist) handelt.

Für die Zukunftschancen speziell der kleinen und mittleren Berliner Gewerbebetriebe sind daneben auch die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel zur Gewerbeförderung bedeutsam. Rund 3,1 Millionen DM sind Berlin daraus im Laufe der drei letzten Jahre zugeflossen. Schwerpunkte der Förderung sind das Betriebsberatungswesen, die berufliche Ausbildung und Fortbildung sowie die Forschung und Entwicklung. Aus dem „Sondervermögen für berufliche Leistungsförderung" sind Berlin in den Jahren 1965 bis 1967 [2]) Zuschüsse und Darlehen in Höhe von 650 000 DM gewährt worden, die der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung und der beruflichen Fortbildung gedient haben.

IV. Erreichte Ziele und noch zu lösende Aufgaben der Bundeshilfen

Generell kann festgestellt werden, daß die Bundeshilfen wesentlich dazu beigetragen haben, daß ehemals wichtigste Ziel, die Vollbeschäftigung der Berliner Wirtschaft (zu Beginn der Wirtschaftsförderung gab es in Berlin noch 300 000 Arbeitslose), zu erreichen.

Damit wurde zugleich eine breite Aufwärtsentwicklung gesichert und Berlin an das durchschnittliche Wohlstandsniveau der Bundesrepublik herangeführt. Die Auswirkungen der Bundeshilfen auf die Struktur der Berliner Wirtschaft können im Rahmen dieses Berichtes nicht erschöpfend dargelegt werden. Dazu bedürfte es einer speziellen wissenschaftlichen Untersuchung. Eines aber kann man diesen wohl eindeutig zuschreiben: Sie haben fühlbar zu einer vielseitigen Produktionsstruktur geführt. Es konnten Produktionsbetriebe angesiedelt werden, die im Strukturbild der Berliner Wirtschaft früher keine oder nur eine völlig untergeordnete Rolle spielten (Tabakverarbeitung, Textilindustrie, Kunststoffverarbeitung).

Die Teile B und C dieses Berichtes haben aber auch gezeigt, welche Aufgaben noch zu lösen sind. Es kommt darauf an, das Produktionsniveau und die Produktivität der Berliner Wirtschaft überdurchschnittlich zu steigern und damit attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Aufrechterhaltung der Bevölkerungszahl und des Arbeitskräftepotentials unbedingt erforderlich sind. Nur so kann ein ausreichendes Wachstum des Berliner Sozialproduktes sichergestellt werden.

Es gilt also, bisher nicht völlig wunschgemäß verlaufene Entwicklungen noch betonter und gezielter in die erstrebte Richtung zu lenken.

V. Dementsprechende Verbesserungen und Umgestaltungen der wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Bundes in jüngster Zeit

Die wesentlichsten Umgestaltungen und Ergänzungen der Bundeshilfen in jüngster Zeit lassen die Weichenstellung klar erkennen. Das gilt insbesondere für das Dritte Gesetz zur Änderung des Berlin-

[1]) Die Zahlen für 1968 liegen noch nicht vor.

[2]) Das Leistungsförderungsgesetz ist mit Wirkung vom 1. Januar 1968 aufgehoben worden. Die Förderungsmaßnahmen werden von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln fortgeführt. Ergebnisse für 1968 stehen noch nicht fest.

hilfegesetzes vom 19. Juli 1968. Es brachte neben der unbefristeten Verlängerung, die das Vertrauen in die Beständigkeit der Bundeshilfen und damit die wirtschaftliche Initiative verstärkt, vor allem eine noch gezieltere Förderung derjenigen Investitionen, deren Berlin zur nachhaltigen Stärkung seiner Wirtschaftskraft vorrangig bedarf. So wurden Investitionszulagen nach § 19 BHG für Investitionen der gewerblichen Produktion bereits ab 1. Juli 1968 von 10 auf 25 % und für die der betrieblichen Forschung und Entwicklung auf 30 % erhöht. Man erhofft damit nicht nur eine schnelle Ausweitung der Produktionskapazitäten, sondern ebenso eine überdurchschnittliche Steigerung der Produktivität durch Rationalisierung, Modernisierung, Automatisierung. Mit derartigen Investitionen können nen außerdem Arbeitsplätze geschaffen werden, die Berlin für sehr hochqualifiziertes Personal interessant macht. Um dann auch für gehobene Arbeitskräfte das Angebot an preisgünstigen Wohnungen zu erhöhen, wurde in der BHG-Novelle zugleich für Berlin die Einkommensgrenze für den im Sozialen Wohnungsbau begünstigten Personenkreis angehoben. Dagegen werden künftig (ab 1970 mit dreijähriger Übergangsregelung) die Abschreibungsvergünstigungen nach § 14 BHG für Gebäude des Handels und des Dienstleistungsgewerbes nicht mehr gewährt, weil der Bedarf an derartigen Gebäuden in Berlin gedeckt ist, bisweilen sogar mehr als das.

In die gleiche Richtung — gezieltere Förderung der gewerblichen Produktion — zielt die angebahnte Förderung der produktnahen Forschung. Um die damit verbundenen finanziellen Risiken zu mindern und so die Bereitschaft und Initiative insbesondere der mittelständischen Berliner Industrie für derartige Vorhaben zu unterstützen, ist für 1969 erstmalig im Haushalt des Bundesministerium für Wirtschaft ein Titel in Höhe von 5 Millionen DM zuzüglich einer Bindungsermächtigung in Höhe von 2 Millionen DM für 1970 zur „Förderung von Entwicklung und damit zusammenhängender Forschung in der Berliner Wirtschaft" vorgesehen worden.

Neben dem bewährten Instrumentarium zur Förderung von Investitionen in Berlin kann jetzt noch eine neue Form der Förderung angewendet werden, bei der sich der Bund selbst — in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmern — mit Investitionen in Berlin engagiert und die von ihm errichteten Gebäude und Maschinen an Unternehmer verpachtet (Leasing).

Zugleich mit dem als Folge der Investitionsförderung erhofften großen Angebot von attraktiven Arbeitsplätzen mußte auch die Arbeitsaufnahme auswärtiger Arbeitskräfte in Berlin stärker gefördert werden. Die finanziellen Hilfen des Bundes (Erstattung der Reisekosten und Umzugskosten, Gewährung eines Überbrückungsgeldes u. ä.), die sicher dazu beigetragen haben, daß in den sieben Jahren ihres Bestehens rund 144 000 Westdeutsche eine Arbeit in Berlin aufnahmen, mußten verstärkt werden. Das ist ab 1. Oktober 1968 mit einer Änderung der „Richtlinien zur Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin" geschehen. Das Überbrückungsgeld wurde erhöht, desgleichen die Tages- und Übernachtungsgelder, die neben den Fahr- und Flugkosten für die An- und Rückseite gewährt werden; die zulässigen bezahlten Heimreisen für Ledige wurden verdoppelt.

Die Initiative der Berliner Wirtschaft wird nicht nur durch unmittelbare Investitionshilfen gestärkt. Die Bereitschaft, sich in Berlin zu engagieren, nimmt auch mit verbesserten Absatzaussichten zu. In diesem Sinne wurde durch Kabinettsbeschluß vom 19. Februar 1968 die bisher schon bestehende Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für die Berliner Wirtschaft verstärkt. Der Höchstsatz, bis zu dem Berliner Angebote auch dann berücksichtigt werden sollen, wenn sie „geringfügig" über dem wirtschaftlichsten Angebot liegen, wurde von 5 % auf 6 % erhöht. Außerdem wird den Berliner Bewerbern unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit gegeben, in das für die Vergabe des Auftrages in Betracht kommende Angebot einzutreten.

Noch nicht voll geklärt ist die sehr umstrittene Frage, ob die Umsatzsteuerpräferenzen — die älteste und in ihrer Breitenwirkung wohl auch eine der bedeutsamsten Bundeshilfen — so umgestaltet werden können, daß sie nicht nur den Absatz Berliner Erzeugnisse ins übrige Bundesgebiet fördern, sondern zugleich auch zur Strukturverbesserung der Berliner Wirtschaft beitragen. Bei der bisherigen Bemessung der Präferenz nach dem Entgelt für das „Berliner Erzeugnis" werden Produktionen mit unterschiedlichem Berliner Fertigungsanteil gleichermaßen begünstigt. Das führt zu einer relativen Benachteiligung von Produktionen mit hohem Berliner Wertschöpfungsanteil und verschafft Produzenten, die einem Erzeugnis nur einen geringfügigen „Mehrwert" in Berlin hinzufügen, relativ hohe Steuervorteile. Die sehr eingehenden Prüfungen, um die sich Bundesregierung und Berliner Senat gemeinsam — einem Auftrage des Deutschen Bundestages entsprechend — bemüht haben, erbrachten, daß die volle Berücksichtigung der Wertschöpfung zwar diese Nachteile der Umsatzsteuerpräferenzen beiseitigen könnte, andererseits aber zu große Schwierigkeiten bereiten würde, um praktikabel zu sein. Es wurde deshalb geprüft, ob man das gegenwärtige System, ohne es im Prinzip zu ändern, wenigstens durch einige Modifizierungen so gestalten kann, daß dem Wertschöpfungsgedanken in einem gewissen Umfange Rechnung getragen wird.

Das Bundeskabinett hat am 23. April 1969 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Berlinhilfegesetzes verabschiedet, in dem eine Mindestwertschöpfung in Berlin verlangt wird, um überhaupt die Umsatzsteuerpräferenzen in Anspruch nehmen zu können. Das Kabinett hat gleichzeitig einen Staatssekretärausschuß beauftragt, unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums gemeinsam mit dem Berliner Senat und den Spitzenverbänden der Wirtschaft die Frage zu prüfen, ob für eine spätere Gesetzesänderung auch eine Zusatzpräferenz für besonders hohe Wertschöpfung in Berlin vorgesehen werden kann.

Der genannte Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält außerdem noch einige wichtige Änderungen, die die geltenden Regelungen für die Umsatzsteuer-

präferenzen des BHG verbessern bzw. korrigieren sollen:

Erhöhung der Präferenz für den Berliner Lieferer von 4,2 % des Nettoentgeltes auf 4,5 %.

Ausdehnung der Umsatzsteuerpräferenzen auf innerbetriebliche Umsätze zwischen Berliner und westdeutschen Unternehmensteilen. Die Präferenz soll für den Berliner Lieferer 6 % des Verrechnungsentgeltes betragen.

Herausnahme der Tabaksteuer und der Branntweinsteuer aus der Bemessungsgrundlage.

Ausdehnung der Umsatzsteuerpräferenzen auf bestimmte Leistungen im Bereich der Filmproduktion und auf bestimmte Berliner Dienstleistungen (technische und wirtschaftliche Beratung oder Planung für Anlagen im übrigen Bundesgebiet).

Einschränkung der Umsatzsteuerpräferenzen bei Fleischlieferungen.

Das Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes soll nach der Vorstellung der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden.

Anlage

Auszug aus der vom Berliner Senator für Wirtschaft herausgegebenen Werbeschrift „Es lohnt sich ... Investieren — Produzieren in Berlin"

Steuererleichterungen
gemäß Berlinhilfegesetz (BHG)

Zur Förderung des Absatzes

1 **Umsatzsteuerkürzungsanspruch** gemäß § 1 BHG

des Westberliner Unternehmers von 4,2 v. H. des Entgelts bei Umsatzgeschäften mit westdeutschen Unternehmern. Begünstigt sind Lieferungen von in Berlin (West) hergestellten Gegenständen, Werklieferungen in Westdeutschland unter Verwendung in Berlin (West) hergestellter Teile, Werkleistungen, Vermietungen und Verpachtungen, Überlassung von Filmen zur Auswertung.

2 **Umsatzsteuerkürzungsanspruch** gemäß § 2 BHG

des westdeutschen Abnehmers um 4,2 v. H. des Entgelts für die unter 1. aufgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen.

Zur Förderung des Kapitalangebots für Investitionen

3 **Darlehen für gewerbliche Investitionen** gemäß § 16 BHG

Unbeschränkt Steuerpflichtige — außer Kreditinstitute —, die für Investitionen in Berlin (West) Darlehen mit einer Laufzeit von mindestens 6 Jahren gewähren, können 10 v. H. des Darlehensbetrages von ihrer Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld für das Jahr absetzen, in dem die Darlehen gewährt wurden. *Für Darlehen, die nach dem 31. 12. 1969 gegeben werden, beläuft sich diese Vergünstigung auf 12 v. H. des Darlehnsbetrages; die Mindestlaufzeit der Darlehen wird gleichzeitig von 6 auf 8 Jahre heraufgesetzt.*

4 **Darlehen für bauliche Tätigkeit** gemäß § 17 BHG

Unbeschränkt Steuerpflichtige, die für den Bau, den Umbau, die Erweiterung, die Modernisierung und die Instandsetzung von Gebäuden in Berlin (West) langfristige Darlehen gewähren, können 20 v. H. des Darlehnsbetrages von ihrer Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld für das Jahr absetzen, in dem sie die Darlehen gewährt haben.

Zur Förderung der Kapitalverwendung für Investitionen

5 **Erhöhte Absetzungen** gemäß § 14 BHG

Eine besondere Vergünstigung besteht für Westberliner Unternehmer bei der Anschaffung oder der Herstellung abnutzbarer beweglicher Wirtschaftsgüter und bei der Herstellung (nicht Erwerb) von abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens. Sie besteht darin, daß anstelle der normalen Absetzungen (§ 7 EStG) bis zu 75 v. H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt werden können, und zwar wahlweise entweder sofort in einer Summe oder gleichmäßig oder ungleichmäßig auf 2 oder 3 Jahre verteilt. *Ab 1. 1. 1970 können diese Abschreibungen wahlweise auf die ersten 5 Jahre verteilt werden. Von diesem Zeitpunkt ab können die gleichen Abschreibungsvergünstigungen auch für den Werkwohnungsbau in Anspruch genommen werden.*

Bereits von Anzahlungen auf Anschaffungskosten und von Teilherstellungskosten können erhöhte Absetzungen vorgenommen werden.

Die erhöhten Absetzungen können auch dann beansprucht werden, wenn sie zu einem ausgleichs- oder vortragsfähigen Verlust führen. Sie wirken sich vermindernd auf die Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer aus.

6 **Investitionszulage** gemäß § 19 BHG

Für neue abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wird neben den erhöhten Absetzungen eine Investitionszulage in Höhe von 10 v. H. der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt. Diese erhöht sich auf 20 v. H. — für die Zeit vom 1. 7. 1968 bis 31. 12. 1970 auf 25 v. H. — soweit die abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter unmittelbar oder mittelbar der Fertigung in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes — ausgenommen Baugewerbe — dienen. Für Wirtschaftsgüter, die ausschließ-

lich der Forschung und Entwicklung dienen, beträgt die Investitionszulage 30 v. H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes; sie mindert auch nicht die Bemessungsgrundlage für die Absetzungen.

Ermäßigung der Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuer gemäß §§ 21–27 BHG 7 **Zur Förderung der Einkommen**

Für Einkünfte aus Berlin (West) ermäßigt sich die Einkommensteuer bzw. die Lohnsteuer um 30 v. H. Bei der Körperschaftsteuer beträgt die Ermäßigung 20 v. H. zuzüglich 3,2 v. H. der in dem Einkommen enthaltenen Einkünfte aus Berlin (West). Das entspricht insgesamt einer Ermäßigung von mindestens 26 v. H.

Arbeitnehmerzulagen gemäß § 28 BHG 8

Arbeitnehmer, die Arbeitslohn für eine Beschäftigung in Berlin (West) aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis beziehen, erhalten unbeschadet der unter 7 genannten Ermäßigung der Lohnsteuer bis zu einem Bruttomonatslohn von rd. 2800 DM eine steuer- und sozialabgabefreie Zulage. Sie beträgt z. B. bis zu einem Bruttomonatslohn von 500 DM 5 v. H. des Bruttolohns.

Sonstige Erleichterungen

Garantien für den Warenverkehr mit Berlin (West) 9 **Zur Förderung des Warenverkehrs**

Um den Warenverkehr zwischen Westdeutschland und Berlin (West) zu fördern, hat die Bundesrepublik Deutschland die Warengarantie Berlin eingerichtet, die auf Antrag von den am Warenverkehr beteiligten Unternehmern in Anspruch genommen werden kann. Darüber hinaus besteht für Lastkraftwagen und Schiffe, die zwischen Westdeutschland und Berlin (West) verkehren, eine Transportmittelgarantie des Bundes.

Erstattung der Abgaben für den Transitverkehr 10

Die sog. Steuerausgleichsabgaben und die sog. Visa-Gebühren, die auf den Transportwegen zwischen Westdeutschland und Berlin (West) erhoben werden, werden vom Bund erstattet.

Bezug von Walzwerkserzeugnissen (Eisen und Stahl) aus Westdeutschland 11

Zur Verringerung der Frachtkostenbelastung erhalten die eisenverbrauchenden Betriebe in Berlin einen Ausgleichsbetrag, durch den die Einkaufspreise in Berlin etwa denen in Hannover entsprechen.

Postgebühren 12

Sämtliche Postgebühren für den Paket- und für den Fernsprechverkehr, die nach Zonentarifen gestaffelt sind, werden im Verkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet um eine Zone ermäßigt.

Im Rahmen des verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung für die Jahre 1968 bis 1972 wird voraussichtlich der Berlin-Verkehr von den Steuerbelastungen, die den Güterverkehr auf der Straße betreffen, ausgenommen. 13 **Allgemeine verkehrspolitische Maßnahmen**

Neben der Lohnsteuervergünstigung und der Arbeitnehmerzulage werden zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem übigen Bundesgebiet nach Berlin besondere Vergünstigungen gewährt. Hierbei handelt es sich u. a. um die Erstattung von Anreisekosten nach Berlin, die Gewährung von Überbrückungsgeld in den ersten Monaten als Ausgleich für sonstige Mehraufwendungen, die Erstattung von Reisekosten für Heimfahrten, die Erstattung von Umzugskosten für die Überführung des Hausrats bei Übersiedlung nach Berlin gegen Nachweis der Angemessenheit sowie von Reisekosten für die zur häuslichen Gemeinschaft gehörenden Familienangehörigen, gegebenenfalls die Erstattung von Rückreisekosten nach mindestens einjähriger Tätigkeit in Berlin. Nähere Auskunft erteilt die Zentrale Beratungsstelle beim Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 1 Berlin 30, An der Urania 2—12. 14 **Zur Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin**

Zur Förderung der Familiengründung können zinslose Darlehen bis zu 3000,— DM (Familiengründungsdarlehen) mit einer Laufzeit von 11 Jahren gewährt werden. Voraussetzung ist, daß es sich bei wenigstens einem der Ehepartner um eine Erstehe handelt und die Ehepartner ihren ausschließlichen Wohnsitz in Berlin (West) haben. Bei Geburt 15 **Zur Förderung der Familien- und Hausstandsgründung**

von Kindern werden erhebliche Rückzahlungserlasse gewährt. Die gleichen Vergünstigungen erhalten auch westdeutsche Ehepaare, die innerhalb eines Jahres nach der Eheschließung nach Berlin (West) zuziehen. Diese Antragsfristen für westdeutsche Ehepaare sollen verbessert werden. Nähere Auskunft erteilt der Senator für Familie, Jugend und Sport, 1 Berlin 30, Am Karlsbad 8—10.

Darüber hinaus können ab Mitte Oktober 1968 durch Berliner Banken bei gleichzeitiger Bürgschaft des Landes Berlin Einrichtungsdarlehen in Höhe von 5000 DM bei Ledigen, von 10 000 DM bei Verheirateten gewährt werden, wenn die Antragsteller u. a. ihren Wohnsitz in Berlin (West) haben, dort überwiegend ihre Einkünfte erzielen und nach dem 31. 3. 1968 erstmals in Berlin (West) einen Hausstand gründen bzw. gegründet haben. Die Darlehnssumme ist monatlich mit 1 v. H. zu tilgen. Es wird ein Zinssatz von 2 v. H. p. a. von dem Darlehnsnehmer erhoben. Nähere Auskunft erteilen die Berliner Banken.

Finanzierungs-Erleichterungen

Zur Förderung der Investitionen und der Produktion

16 **Darlehen für gewerbliche Investitionen aus dem ERP-Sondervermögen**

Für die Finanzierung von Investitionsvorhaben der Industrie, des Handwerks, in besonderen Fällen des Handels und des sonstigen Gewerbes stehen zum Auf- und Ausbau von Betriebsstätten in Berlin sowie zur Rationalisierung und zur Steigerung der Produktivität Darlehen zur Verfügung.

Zinssatz: z. Z. 4 v. H. jährlich bei voller Auszahlung. Die Laufzeit beträgt bis zu 10 Jahre; davon können bis zu 2 Jahre tilgungsfrei bleiben.

17 **Eigenkapitalfinanzierungen (Übernahme von Beteiligungen aus Mitteln des ERP-Sondervermögens)**

Zur Verstärkung unzureichenden Eigenkapitals können in volkswirtschaftlich besonders förderungswürdigen Fällen zu günstigen Bedingungen Beteiligungen übernommen werden. Mit dem Beteiligungskapital sollen Investitionen finanziert oder mittelfristige Betriebsmittel bereitgestellt werden.

18 **Darlehen für gewerblich genutzte Bauten aus dem ERP-Sondervermögen**

Zur Errichtung von gewerblich genutzten Bauten in Berlin (West) können bis zu 30 v. H. der Baukosten als Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden. Mindestens 70 v. H. sind vom Bauherrn als Eigenmittel oder selbst zu beschaffende, nicht öffentliche Fremdmittel aufzubringen.

Zinssatz: z. Z. 4,5 v. H. jährlich zuzüglich 0,5 v. H. jährlich Verwaltungskostenbeiträge. Volle Auszahlung.

Tilgung mindestens 4 v. H. jährlich unter Zuwachs der ersparten Zinsen.

19 **Darlehen für gewerbliche Investitionen aus dem steuerbegünstigten Aufkommen** gemäß § 16 BHG

Die Berliner Industriebank AG, 1 Berlin 33, Kranzer Straße 7/9 (Telefon Nr. 89 02 01) und die Deutsche Industriebank, 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 11 (Telefon 31 70 71), vergeben, gegebenenfalls unter Einschaltung von anderen Berliner Kreditinstituten, zu günstigen Bedingungen Darlehen für gewerbliche Investitionen in Berlin (West) aus Mitteln, die Steuerpflichtige diesen Banken gemäß § 16 BHG steuerbegünstigt zur Verfügung stellen.

Zinssatz: marktüblich (bis zu $6^3/_4$ v. H. jährlich) z. Z. $6^1/_2$—$6^1/_4$.

Auch die unmittelbare Aufnahme eines Darlehens von einem Steuerpflichtigen ist gemäß § 16 BHG möglich. In diesem Falle unterliegt die Verwendung des Darlehens einer Kontrolle der genannten Kreditinstitute.

Siehe auch Nr. 3 — Steuererleichterungen —.

20 **Öffentliche Bürgschaften für Investitions- und Betriebsmitteldarlehen**

Für Investitions- und Betriebsmitteldarlehen können, soweit die von den Darlehensnehmern bankmäßig zu stellenden Sicherheiten einer Ergänzung bedürfen, Ausfallbürgschaften der öffentlichen Hand bis zu 90 v. H. eines Ausfalls gegenüber Kreditinstituten übernommen werden.

Verzinsliche und unverzinsliche Darlehen für bauliche Investitionen aus dem steuerbegünstigten Aufkommen gemäß § 17 BHG **21**

Siehe Nr. 4 — Steuererleichterungen —.

Darlehen für die Auftragsfinanzierung **22**

Zur Förderung des Absatzes

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau Frankfurt (Main) oder die Hausbanken gewähren westdeutschen Bestellern von Anlagegütern aus der Berliner Fertigung Darlehen zur Finanzierung ihrer Aufträge bis zu 50 v. H. des Auftragswertes. Ferner können diese Kreditinstitute unter bestimmten Voraussetzungen die Ausfuhr in Berlin hergestellter Anlagegüter mit zinsgünstigen Mitteln langfristig finanzieren.

Zinssatz: z. Z. 6 v. H. jährlich bei voller Auszahlung.

Laufzeit bis zu 10 Jahren einschließlich bis zu 2 tilgungsfreien Jahren.